

CORONA- AKTIONSPLAN

DER STADT FRANKFURT AM MAIN

GEMEINSAM GEHT'S

Corona-Aktionsplan der Stadt Frankfurt am Main

Impressum und Kontakt:
Stadt Frankfurt am Main
Jugend- und Sozialamt
Eschersheimer Landstraße 241-249
60320 Frankfurt am Main

Redaktion: Laura Abel / Christina Bender / Julian Sehmer

Gestaltung und Illustrationen:
Katharina Schmidt kwittiseeds.de
Druck: Bischoff & Sohn
Stand: Mai 2022

Inhalt

2	Inhalt	
3	Vorwort	
Ziele und Zielgruppen des Aktionsplans		
6	Kinder, Jugendliche und Familien	
9	Ältere Menschen	40
10	Alle Bürger:innen mit besonderem Fokus auf Inklusion und Vielfalt	44
13	Fachkräfte und Kulturschaffende	48
Prozess des Aktionsplans		
18	Gemeinsam Neues wagen	52
19	Partizipativer Prozess, Projektstruktur, Auftaktphase	56
20	Erste Entwicklungsphase	56
21	Begleitgruppe, Zweite Entwicklungsphase, Resonanzgruppe, Bündelungs- und	60
22	Dokumentationsphase	64
Ausblick		
24	Beteiligte am Aktionsplan (Ämter und verschiedene Gruppen)	
28	Systematik & »Gebrauchsanweisung«	
Themenfelder		
32	Außerschulische und schulische Bildung	
33	Teilhabe	
34	Bewegung und Gesundheit	
36	Kultur und gemeinsame Erlebnisse	
37	Demokratisches Zusammenleben und Verständigung zwischen Generationen und Kulturen	
38	Gestaltung, Nutzung und Aneignung öffentlicher Räume	

Liebe Bürger:innen und Interessierte,

der Corona-Verwaltungsstab der Stadt hat das Jugend- und Sozialamt in der zweiten Jahreshälfte 2021 beauftragt, einen Corona Aktionsplan zu erstellen. Das Ziel: die Tragweite der sozialen und bildungspolitischen Corona-Folgen abzumildern, Benachteiligung zu reduzieren und bedarfsgerechte Unterstützungsangebote zu konzipieren. In ambitionierter Gemeinsamkeit ist es uns gelungen, ämterübergreifend und unter Einbeziehung von externen Akteur:innen, ein Programm zu entwickeln, das die Frankfurter:innen bei der Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Pandemie aktiv unterstützt. Seit November 2021 wurden verschiedene Workshops unter Beteiligung von insgesamt 23 Ämtern der Stadtverwaltung veranstaltet. Aus verschiedenen Perspektiven wurden die Schwierigkeiten und Bedarfslagen der Menschen, sowie mögliche Lösungen gesammelt. Durch die Weiterarbeit in verschiedenen Arbeitsgruppen auf unterschiedlichen Ebenen der Stadtverwaltung wurden die Maßnahmen untereinander abgestimmt und die Zusammenarbeit an Schnittstellen festgelegt und verbessert. So entstand schließlich der Ihnen hier vorliegende Aktionsplan.

Durch das in den Blick nehmen verschiedener Zielgruppen wurde sehr deutlich, welche Last Kinder, Jugendliche und Familien zu tragen haben. Weitere stark betroffene Zielgruppen sind ältere Menschen und Menschen mit besonderem Fokus auf Inklusion und Vielfalt. Allen Zielgruppen ist gemein, dass sie während der Pandemie häufig auf bestimmte Zuschreibungen reduziert wurden und die Beteiligung sehr unzureichend stattfand, auch bezüglich der Hygiene- und sonstigen Maßnahmen. Beispielsweise wurden Kinder als zu Betreuende wahrgenommen, Jugendliche auf ihre Rolle in der Schule und Lernende reduziert. Frauen mussten vielfach aufgrund der eingeschränkten Kinderbetreuung zu Hause bleiben, ältere Menschen wurden auf die Gruppe der zu Pflegenden reduziert. Bereits bestehende Benachteiligungen haben sich dadurch verstärkt, weshalb die Bedarfe dieser Personengruppen innerhalb des Aktionsplanes im Mittelpunkt stehen.

In einem weiteren Schritt konnten verschiedene Themenfelder herausgearbeitet werden, innerhalb derer Angebote für die oben genannten Zielgruppen notwendig erschienen:

- **Außerschulische und Schulische Bildung**
- **Teilhabe**
- **Bewegung und Gesundheit**
- **Kultur und gemeinsame Erlebnisse**
- **Demokratisches Zusammenleben und Verständigung zwischen Generationen und Kulturen**
- **Gestaltung, Nutzung und Aneignung öffentlicher Räume**

Die zahlreichen Maßnahmen wurden mit wissenschaftlichen Methoden strukturiert und aufbereitet. Als Folge gibt es den Aktionsplan nun als umfangreiches Nachschlagewerk in digitaler Version und zusätzlich eine Kurzfassung, die auch als Druckfassung zur Verfügung steht.

Es ist uns darüber hinaus gelungen einen Restmittelbetrag aus dem Haushaltsjahr 2021 des Jugend- und Sozialamtes zur Finanzierung von Maßnahmen zu erhalten. Damit wollen wir nun den nächsten Schritt tätigen, in dem Ämter und Träger ihre Angebote für die Bewohner:innen realisieren können. Die Mittel sind jedoch begrenzt, eine ämterübergreifende Gruppe mit weiteren Expert:innen wird fachlich priorisieren müssen. Perspektivisch soll aus dem Aktionsplan für Frankfurt ein langfristig wirksames und engmaschiges Netz an Angeboten wachsen. Der erste Schritt ist getan!

Mit der Erstellung des Aktionsplans sind wir neue Wege gegangen, aktuelle Bedarfe der Bewohner:innen Frankfurts wurden fachübergreifend und kooperierend zusammengestellt. Es hat sich gezeigt, dass ein solcher Prozess sehr aufwändig ist. Doch aus den Rückmeldungen der Mitwirkenden wird deutlich, wie bereichernd und produktiv eine solche Zusammenarbeit erlebt wird. Eine gute Stadtverwaltung hat die Menschen, für die sie arbeitet, kontinuierlich im Blick. Diese Haltung wurde durch die ämterübergreifende Zusammenarbeit gestärkt. Ich danke allen Teilnehmenden für ihr Engagement und ihre Bereitschaft sich einzubringen. Das war und ist großartig und zeigt, dass wir gemeinsam Großes auf den Weg bringen können.

Ihre

Elke Voitl

Ziele und Ziel- gruppen des Aktionsplans

Kinder, Jugendliche und Familien

Die Aufmerksamkeit für Kinder, Jugendliche und Familien war in den vergangenen beiden Jahren in etwa so dynamisch wie die Pandemie selbst. Zu Beginn ging es noch stark – bedingt auch durch Schließung von Freizeitangeboten und Beschränkung von Kontakten – auch um die Frage, wie Kinder und Jugendliche weiter Kontakt zu Gleichaltrigen haben können. Als dann immer wieder auch über längere Zeit Kitas und Schulen bzw. einzelne Gruppen geschlossen wurden oder Unterricht aus der Distanz stattfand, wurden Kinder öffentlich verstärkt vor allem als Betreuungsherausforderung für die erwerbstätigen Eltern thematisiert (vgl. Bujard et al. 2021)¹. Familien selbst standen hier auch tatsächlich vor der Herausforderung, dass Erziehung und Betreuung in Kita und Schule teilweise sehr plötzlich und wiederholt entfielen. Das stellt insbesondere Alleinerziehende und Eltern, die nicht im Homeoffice arbeiten konnten, vor erhebliche Herausforderungen.

In Bezug auf Familien war diese Diskussion so insbesondere in der ersten Phase der Pandemie von der Frage geprägt, welche Berufe der Eltern als »systemrelevant« eingeschätzt werden und dadurch den Familien Möglichkeiten der »Notbetreuung« zu sichern. Wenn öffentlich über

die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen gesprochen oder diskutiert wurde, dann vor allem verbunden mit der Sorge um die Verschärfung schulischer Defizite.

Vor allem pädagogische Fachkräfte haben immer wieder darauf hingewiesen, dass Kinder den Austausch und das Soziale brauchen und in der Pandemie hier viel verloren zu gehen droht. Kinder und Jugendliche selbst, so zeigen bundesweite Analysen, sind während der Pandemie kaum zu Wort gekommen oder wurden sogar weniger an für sie relevanten Entscheidungen beteiligt (Maywald und Pergande 2022)².

Nach mehr als zwei Jahren pandemischer Einschränkungen lässt sich festhalten, dass Kinder und Jugendliche teilweise wesentliche Abschnitte oder bei kleinen Kindern sogar ihr gesamtes bisheriges Leben unter pandemischen Bedingungen verbrachten, d.h. auf Distanz und unter Hygieneauflagen, Masken und Tests den Alltag mitprägten, aber auch zur vorübergehenden Normalität geworden sind. Wie diese Erfahrungen dauerhaft die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen prägen, ist noch nicht abzusehen.

Noch ist auch empirisch nicht abschließend festzustellen, wie es Kindern und Jugendlichen ergangen ist und aktuell geht. Die ersten vorliegenden Studien legen nahe, dass die Pandemie für Kinder, Jugendliche und Familien besonders

einschneidend war. Demnach haben sich die Lebensqualität und die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland im Verlauf der Corona-Pandemie verschlechtert. So kommt etwa die CoPsy Studie 2021 (Kaman et al. 2021)³ zu dem Ergebnis, dass fast jedes dritte Kind ein knappes Jahr nach Beginn der Pandemie unter psychischen Auffälligkeiten litt. Sorgen und Ängste hätten noch einmal zugenommen, auch depressive Symptome und psychosomatische Beschwerden seien verstärkt zu beobachten. Vier von fünf der befragten Kinder und Jugendlichen fühlten sich durch die Corona-Pandemie belastet. Die Belastung wird insbesondere im zeitlichen Vergleich deutlich. Kommen die Wissenschaftler:innen vor Beginn der Pandemie zu dem Ergebnis, dass drei von zehn Kindern und Jugendlichen von einer geminderten Lebensqualität betroffen sind, sind es laut der Befragung zwischen Dezember 2020 und Januar 2021 bereits sieben von zehn. Fast jedes dritte Kind litt auch zehn Monate nach Beginn der Pandemie noch unter psychischen Auffälligkeiten. Ängste und Sorgen haben bei den Kindern nachweislich auch zwischen Mai/Juni 2020 und Anfang 2021 noch einmal deutlich zugenommen (vgl. Kaman et al. 2021). Auch die Schließung von Freizeiteinrichtungen, der eingeschränkte Kontakt zu Gleichaltrigen, weniger Bewegung und mehr Medienkonsum haben zu gesundheitlichen Problemen geführt (vgl. Bujard et al. 2021). Zugleich hat sich nichts an der

geringen Verfügbarkeit von Therapieplätzen für Kinder und Jugendliche geändert. Hier warten junge Menschen teilweise mehrere Monate darauf einen Platz zu bekommen.

Während der Pandemie war es aus epidemiologischer Sicht geboten, möglichst zu verhindern, dass vielfältige Kontakte zwischen verschiedenen Gruppen bestehen. Das hieß für Schulen beispielsweise, dass Kinder und Jugendliche im Klassenverband bleiben sollten. Aus Sicht der Kinder und Jugendlichen war dies vor allem für diejenigen problematisch, die besonders auf den Kontakt zu anderen Gruppen angewiesen sind: beispielsweise Kinder und Jugendliche, die als Geflüchtete in Frankfurt leben und persönliche Beziehungen und gemeinsame Erlebnisse brauchen, um hier richtig anzukommen und sich auch angenommen zu fühlen.

Gerade die Situation des Distanzunterrichtes hat soziale Ungleichheiten zwischen Familien noch einmal deutlich hervorgehoben. Nicht in allen Haushalten waren die räumlichen Möglichkeiten vorhanden, dass Kinder und Jugendliche einen ruhigen Ort für den Unterricht haben, nicht überall waren die technischen Voraussetzungen gegeben, teilweise auch mehrere Kinder gleichzeitig an digitalem Unterricht teilnehmen zu lassen. Und nicht alle Eltern konnten ihre Kinder bei der Bewältigung schulischer Aufgaben so unterstützen, dass diese dem Unterricht

1 Bujard, M., von den Driesch, E., Ruckdeschel, K., Laß, I., Thönnissen, C., Schumann, A. & Schneider, N. F. (2021). *Belastungen von Kindern, Jugendlichen und Eltern in der Corona-Pandemie*. BIB.BEVÖLKERUNGS.STUDIEN 2 | 2021. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.

2 Maywald, J. & Pergande, B. (2022). Missachtet und abgehängt. *Sozial Extra* 46(1). <https://doi.org/10.1007/s12054-022-00466-3>

3 Kaman, A., Otto, C., Adedeji, A., Devine, J., Erhart, M., Napp, A.-K., Becker, M., Blanck-Stellmacher, U., Fertmann, R., Saier, U., & Ravens-Sieberer, U. (2021). Belastungserleben und psychische Auffälligkeiten von Kindern und Jugendlichen in Hamburg während der COVID-19-Pandemie. *Nervenheilkunde*, 40(05), 319-326. <https://doi.org/10.1055/a-1397-5400>

folgen konnten (Huber und Helm 2020)⁴.

Beengte Wohnverhältnisse wurden für Familien während der Coronazeit, in der die Möglichkeiten zum Spielen, zum Austausch und zur Begegnung eingeschränkt waren, noch bedeutender als je zuvor. Die Situation vieler Eltern war neben der Sorge um die Versorgung ihrer Kinder auch teilweise durch finanzielle Sorgen etwa beim Umstellung auf Kurzarbeit oder Wegfall von Verdienstmöglichkeiten geprägt. So wird in entsprechenden Studien deutlich, dass Eltern durchschnittlich stärker durch die Pandemie belastet waren, als Kinderlose (Hövermann 2021)⁵. Das dürfte umso mehr auch für jene Erwachsenen gelten, die neben der Sorge um Kinder, auch die Pflege und Versorgung ihrer eigenen Eltern leisteten und die unterschiedlichen Infektionsrisiken abwägen mussten. Studien und statistische Daten deuten zudem an, dass sich die familiären Belastungen auch in einem Anstieg an Gewalterfahrungen und Gefährdungen des Wohls von Kinder und Jugendlichen niedergeschlagen haben. Wenngleich hier zu bedenken gilt, dass die Folgen wohl erst langfristig und verzögert richtig deutlich werden, weil Kinder und Jugendliche durch die pandemiebedingte Distanz weniger Kontakt zu vertrauten Erwachsenen außerhalb der eigenen Familie hatten, denen sie sich anvertrauen

konnten.

Gleichzeitig gab und gibt es viele pragmatische und kreative Ansätze, Kinder und Jugendliche in Kontakt zu halten und zu bringen, Familien bei der Erziehung zu unterstützen und schöne Erlebnisse und Erfahrungen auch unter Bedingungen der Pandemie zu ermöglichen. Hier sind viele kurz- und auch langfristige Initiativen und Projekte entstanden, die aber auf lange Sicht vermutlich noch nicht ausreichen werden, die Auswirkungen von Corona für die Kinder, Jugendlichen und Familien aufzuarbeiten. Der Corona-Aktionsplan versammelt über alle Themenfelder hinweg wichtige Anstrengungen und Vorhaben, die aus Sicht der Beteiligten notwendig sein werden und die jungen Menschen und ihre Familien unterstützen können.



4 Huber, S. & Helm, C. (2020). Lernen in Zeiten der Corona-Pandemie. Die Rolle familiärer Merkmale für das Lernen von Schüler*innen: Befunde vom Schul-Barometer in Deutschland, Österreich und der Schweiz. DDS – Die Deutsche Schule, Beiheft 16, S. 37–60.

5 Hövermann, A. (2021). Belastungswahrnehmung in der Corona-Pandemie. Erkenntnisse aus vier Wellen der HBS-Erwerbspersonenbefragung 2020/21. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.

Ältere Menschen

Ziemlich schnell sind mit Beginn der Pandemie ältere Menschen in den Fokus der Sorge geraten, weil sich schon anhand erster Befunde zum damals neuen Virus deutlich abzeichnete, dass ein höheres Alter das Risiko für schwere Verläufe erhöht. War zu Beginn der Pandemie noch die Hoffnung groß, dass die Dynamik über eine kurze Phase der Einschränkungen zu lösen wäre, wurde bald klar, dass Corona uns noch lange begleiten würde.

Gerade die erste Phase der Pandemie war so aber von der Vorstellung geprägt, dass es ausreichen könnte, vor allem ältere und pflegebedürftige Menschen möglichst vollständig vor Kontakten abzuschirmen. Zu diesem Zeitpunkt waren weder Tests flächendeckend verfügbar, noch war eine Impfung in Sicht. So wurden Pflegeheime und Krankenhäuser für Besucher:innen geschlossen, Besuche bei Großeltern abgesagt und insbesondere ältere Menschen waren noch stärker als andere Gruppen von Isolation betroffen und litten teils deutlich stärker als vor der Pandemie unter Einsamkeit (BMFSFJ 2021)⁶. Durch das im Alter erhöhte Risiko schwerer Infektionen waren ältere Menschen auch mit dem Tod von Freund:innen, Lebenspartner:innen und Angehörigen konfrontiert und mussten diesen verarbeiten.

Zugleich wurde deutlich, dass die Gruppe der älteren Menschen in sich sehr heterogen ist, es differenzierte Angebote braucht und nicht alle auf Unterstützung angewiesen sind. Litten einzelne etwa durch fehlende familiäre Bezüge stärker unter den pandemischen Einschränkungen, waren andere weiter gut vernetzt, körperlich gesund und fühlten sich durch eine frühe Impfung auch gut geschützt. So zeigten ältere Menschen insgesamt eine gute, wenngleich sehr unterschiedlich ausgeprägte Widerstandsfähigkeit gegen Stress und psychische Belastungen in der Pandemie (Röhr, Reininghaus und Riedel-Heller 2020)⁷. Eine Studie von Vincent Horn und Cornelia Schweppe Ende 2020⁸ machte so deutlich, dass von den 500 Befragten zwischen 75 und 100 Jahren über 90 % angaben, dass sich ihre Lebenssituation in den ersten Monaten der Pandemie weniger stark oder nicht wesentlich geändert hat. Über 80 % der Befragten sagten zudem, dass sie sich durch Corona-Beschränkungen weniger stark oder gar nicht eingeschränkt fühlten.

Immer wieder wurden in den letzten zwei Jahren insbesondere von Gegner:innen der Maßnahmen zum Schutz vor der Corona Pandemie auch Aussagen öffentlich, die den Wert älterer Menschen in der Gesellschaft grundsätzlich in Frage stellten und suggerierten, dass de-

6 BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2021). *Corona-Pandemie. Einsamkeitsempfinden Älterer ist deutlich erhöht*. Berlin.

7 Röhr, S., Reininghaus, U., & Riedel-Heller, S. (2020). *Mental and social health in the German old age population largely unaltered during COVID-19 lockdown: results of a representative survey*. <https://doi.org/10.31234/osf.io/7n2bm>

8 Horn, V. & Schweppe, C. (2020). *Die Corona-Pandemie aus der Sicht alter und hochaltriger Menschen*. Mainz: Johannes Gutenberg-Universität.

ren Schutz nicht die Einschränkungen jüngerer Menschen rechtfertigen. Verbunden mit dieser Auffassung lautete dann teilweise die Forderung, die Älteren vollständig zu isolieren, sodass die Jüngeren sich uneingeschränkt bewegen könnten. Fachverbände wiesen hier vehement darauf hin, dass solche Aussagen stigmatisierend sind und zum anderen darauf abzielen, ältere Menschen von sozialer Teilhabe auszuschließen (DGGG 2020)⁹.

Entstanden sind während der Pandemie schon vereinzelt kreative und passgenaue Projekte und Angebote, die Teilhabe für ältere Menschen sichern und fördern sollten. Derzeit steht aber noch aus, öffentliche Angebote und Dienste dauerhaft so zu gestalten, dass ältere Menschen auch dann vollumfänglich an der Gesellschaft teilhaben können, wenn die Pandemie endemisch wird und Kontaktbeschränkungen und Schutzmaßnahmen trotz anhaltend hoher Inzidenzen zurückgefahren werden.

Alle Bürger:innen mit besonderem Fokus auf Inklusion und Vielfalt

Die Corona-Pandemie hat in allen gesellschaftlichen Bereichen zu nachhaltigen Veränderungen geführt, deren Folgen aktuell wohl nur zum

Teil bereits absehbar sind. Vermutlich gibt es niemanden, der oder die Auswirkungen der Pandemie nicht unmittelbar im eigenen Lebensalltag gespürt hat. Tägliche Routinen wurden angepasst, Regeln zum öffentlichen Miteinander änderten sich immer wieder, je nach pandemischer Lage wurden Einschränkungen durch Schließung von Geschäften, Restaurants, Cafés, Friseursalons und Freizeiteinrichtungen zur kollektiven Erfahrung.

Teilweise haben die Auswirkungen von Corona sehr deutlich und nachhaltig den Alltag verändert und können auch positive Seiten haben. So bedeuteten Homeoffice und Distanzunterricht für viele einen Digitalisierungsschub mit neuen Möglichkeiten der Vernetzung und Kommunikation. Es bedeutete aber auch vielfach den Ausschluss von denjenigen, die nicht über die technische Ausstattung verfügen oder aufgrund anderer Barrieren, nicht an allen digitalen Formaten teilhaben können.

Soziale Ungleichheiten und Fragen von Teilhabe haben sich insgesamt während der Pandemie noch einmal deutlich verschärft. So haben sich aus den Vorkehrungen zum Schutz vor der Pandemie, die in kurzer Zeit eingeführt und umgesetzt werden mussten, teilweise neue Barrieren etwa für Menschen mit Behinderungen ergeben. Bei der Planung und Umsetzung von Maß-

nahmen wurde auch deutlich, dass die Bedarfe und Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen noch zu wenig bekannt sind und daher nicht ausreichend berücksichtigt worden sind (Deutsches Institut für Menschenrechte 2021)¹⁰. Auch von Einsamkeit durch Isolation sind Menschen über alle Alters- und Bevölkerungsgruppen hinweg sehr unterschiedlich betroffen, was teilweise zu Einschränkungen der psychischen Gesundheit geführt hat (Max-Planck-Gesellschaft 2021)¹¹.

Maßnahmen zum Schutz vor Infektionen, etwa durch vorübergehende Schließung von Geschäften und Betrieben, führten auch in vielen wirtschaftlichen Bereichen zu Einschränkungen und bei den Bürger:innen zu finanziellen Einbußen. Während viele durch die gesetzlichen Änderungen zumindest »nur« von Kurzarbeit betroffen waren, entfielen für andere Beschäftigungsmöglichkeiten vollständig und verschärften so Armutslagen. Zudem sind durch die globalen Auswirkungen der Pandemie in einzelnen Branchen Preise erheblich gestiegen und erhöhen so auch die Lebenshaltungskosten (Schlögl 2021)¹². Getroffen hat die Pandemie auch wohnungslose Menschen, für die viele Aufenthalts-

möglichkeiten im öffentlichen Raum durch die Schutzmaßnahmen entfielen und für die es durch fehlende private Rückzugsorte zudem schwieriger war, sich vor Infektionen zu schützen oder im Falle einer Infektion zu isolieren.

Die Verschärfungen betreffen auch Geschlechterfragen. Schon nach der ersten Welle 2020 deutet sich eine Rückkehr traditioneller Rollenverteilungen zwischen Männern und Frauen an (Allmendinger 2020)¹³. Und auch ein Jahr später zeigte sich, dass Frauen noch deutlicher auch von Krisen am Arbeitsmarkt betroffen waren (Foissner, Glassner und Theurl 2021)¹⁴.

Insgesamt hat die Corona-Pandemie sehr deutlich gemacht, wie in der Gesellschaft die Einzelnen auch aufeinander angewiesen und voneinander abhängig sind. Die Eindämmung der Infektionen erforderten Solidarität und Rücksichtnahme auch von denjenigen, die für sich selbst ein geringes Risiko im Falle einer Infektion einschätzten. So erhielten Initiativen in den Sozialräumen und Quartieren eine hohe Bedeutung und verwiesen auf die Stellung von Nachbarschaft für das Zusammenleben (Pfirter 2021)¹⁵.

9 DGGG - Deutsche Gesellschaft für Gerontologie und Geriatrie (2020). *Partizipation und soziale Teilhabe älterer Menschen trotz Corona-Pandemie ermöglichen*. Berlin.

10 Deutsches Institut für Menschenrechte, Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention. (2021). *Covid-19: Auswirkungen auf die Rechte von Menschen mit Behinderungen - Warum ein konsequentes Disability Mainstreaming in der Pandemiebekämpfung nötig ist*. (Position / Deutsches Institut für Menschenrechte, 21). Berlin.

11 Max-Planck-Gesellschaft (2021). *Psychische Gesundheit in Zeiten von Corona*. Berlin

12 Schlögl, L. (2021). COVID-19 als »grosser Ungleichmacher«: die Krise der Arbeit und ihre globalen sozialen Folgen. In U. Filipič, & A. Schönauer (Hrsg.), *Ein Jahr Corona: Ausblick Zukunft der Arbeit* (S. 21-27). Wien: ÖGB-Verlag.

13 Allmendinger, J. (2020). Zurück in alte Rollen. Corona bedroht die Geschlechtergerechtigkeit. *WZB Mitteilungen Heft 168*, 45-47.

14 Foissner, F., Glassner, V., & Theurl, S. (2021). Krisengewinner Patriarchat? Wie die COVID-Arbeitsmarktkrise Frauen trifft. In U. Filipič, & A. Schönauer (Hrsg.), *Ein Jahr Corona: Ausblick Zukunft der Arbeit* (S. 56-68). Wien: ÖGB-Verlag.

15 Pfirter, L. (2021). *Solidarische Hilfen und die Rolle der Nachbarschaft während der Corona-Pandemie: eine theoretische Herleitung und empirische Bestandsaufnahme*. (Opuscula, 165). Berlin: Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft.

Trotz dieser Betonung der Bedeutung von Solidarität hatten es insbesondere Vereine und Initiativen schwer. Auch sie waren von den Kontaktbeschränkungen betroffen und müssen wiederbelebt werden. So haben viele weniger Vereinssport betrieben und sich entsprechend weniger bewegt, was sich auch durch gesundheitliche Folgen bemerkbar machte. Der Rückgang an Arbeit in Vereinen und Initiativen hatte aber auch Auswirkungen auf diejenigen, die vom ehrenamtlichen Engagement der Vereine profitieren sollen. So leisten zivilgesellschaftliche Initiativen etwa wichtige Arbeit bei der Integration von Menschen mit Fluchterfahrung, für die es auch auf lebendigen Austausch und persönliche Begegnungen ankommt, die in den letzten beiden Jahren eingeschränkt waren (van den Berg, Grande und Hutter 2020)¹⁶.

Deutlich wurden die Zusammenhänge in der Gesellschaft dann schließlich auch am Aufkommen von Protesten und der Verbreitung auch antisemitisch geprägter Verschwörungserzählungen (Lamberty & Imhoff 2021)¹⁷. Auch rassistische Anfeindungen etwa asiatisch gelesener Menschen¹⁸ haben in der Pandemie

zugenommen und verweisen darauf, dass noch mehr Initiativen zur Stärkung des demokratischen Zusammenlebens und gegen Diskriminierung gebraucht werden (Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2020)¹⁹. Grundsätzlich sind durch das Aufkommen vor allem rechts-extrem geprägter Verschwörungserzählungen und mangelndem Austausch zwischen unterschiedlichen Gruppen durch die Pandemie alle Menschen, die bereits zuvor von Diskriminierungen bedroht waren, noch stärker betroffen (Heitmeyer, Freiheit und Sitzler 2021)²⁰.



16 van den Berg, C., Grande, E. & Hutter, S. (2020). Was wird aus dem harten Kern? Auswirkungen der Corona-Krise auf das Engagement für Geflüchtete. *Voluntaris* 8 (2), 226 – 242.

17 Lamberty, P. & Imhoff, R. (2021). Verschwörungserzählungen im Kontext der Coronapandemie. *Psychotherapeut* 66, 203–208. <https://doi.org/10.1007/s00278-021-00498-2>

18 Menschen, denen aufgrund ihres Aussehens zugeschrieben wird, aus einem asiatischen Land zu kommen.

19 Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2020). *Diskriminierungserfahrungen im Zusammenhang mit der Corona-Krise*. Berlin.

20 Heitmeyer, W., Freiheit, M. & Sitzler, P. (2021). Rechte Bedrohungsallianzen. Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn: bpb.

Fachkräfte und Kulturschaffende

Im März 2020 wurden die meisten Menschen in Europa von der plötzlichen Schließung und Einschränkung wesentlicher Bereiche des öffentlichen Lebens überrascht. Bedeutete dies in vielen Fällen einen teilweise vollständigen Wegfall von Freizeit- und Einkaufsmöglichkeiten, standen Bereiche wie etwa Serviceeinrichtungen für Bürger:innen oder pädagogische und medizinische Institutionen vor der Herausforderung, eine wichtige Infrastruktur weiter aufrecht zu erhalten.

Gerade zu Beginn der Pandemie wurden nur wenig Möglichkeiten der digitalen Kommunikation jenseits von E-Mails und Smartphone im alltäglichen Leben genutzt und auch das Wissen über die Verbreitung des SarsCov2-Virus war noch rudimentär. Unter hohem persönlichen Einsatz wurden innerhalb kurzer Zeit Möglichkeiten entwickelt, wie zumindest ein Teil der Angebote auch unter pandemischen Bedingungen aufrechterhalten werden konnte. Immer wieder waren dabei in den letzten beiden Jahren Anpassungen notwendig, weil sich das Wissen sukzessive erweiterte und auch die Dynamik der Pandemie zu häufig wechselnden Rahmenbedingungen führte.

Hinter vielen Fachkräften liegen so zwei kräftezehrende Jahre, in denen oft die notwendigen Schutzmaßnahmen auch dazu führten, dass eigentlich als wichtig erachtete Aspekte der eigenen Arbeit vorübergehend ausgesetzt werden mussten. Durchgängig war die Debatte vor allem zu Beginn auch von der Frage geprägt, welche Bereiche besonders relevant für das öffentliche und gesellschaftliche Leben sind (Wagner 2020)²¹. So war etwa der pädagogische Alltag durch die Einhaltung und Kontrolle von Schutzmaßnahmen, Tests und Impfnachweisen geprägt, während notwendiger Austausch im Team, aber auch bestimmte pädagogische Angebote zeitweise ausgesetzt oder deutlich begrenzt werden mussten (Meyer und Alsago 2021)²².

Insbesondere in jenen Bereichen, die besonders vom Fachkräftemangel betroffen waren, etwa Einrichtungen der Medizin, der Pflege und der Sozialen Arbeit, setzten infektions- oder quarantänebedingte Ausfälle die verbliebenen Fachkräfte unter Druck. Hatten diese selbst in ihrer Familie Kontakt zu Personen mit erhöhtem Infektionsrisiko oder gehörten selbst zur Risikogruppe, war die Arbeit im Kontakt mit den Adressat:innen zudem ein hohes persönliches Risiko. Dieser Druck spiegelt sich auch im Stand des Fachkräftemangels. Hier deutet sich an, dass dieser sich auch insgesamt während

21 Wagner, L. (2020). Soziale Arbeit und »Corona«. Einige »blinde Flecken« in der Pandemiediskussion. *Sozial Extra* 44(4), 236–238.

22 Meyer, N. & Alsago, E. (2021). Soziale Arbeit am Limit? *Sozial Extra* 45(3), 210–218.

der Pandemie noch verschärft haben könnte. Gleichzeitig sind für geringer qualifizierte Menschen deutlich Beschäftigungsmöglichkeiten (mindestens vorübergehend) weggebrochen (Burstedde, Risius und Werner 2021)²³. Die stärksten Engpässe 2021 gab es demnach im Bereich »Gesundheit, Soziales, Lehre und Erziehung« (Malin und Hickmann 2022)²⁴.

Gegenwärtig fehlt es bei den Fachkräften weiterhin teilweise an technischer Ausstattung, aber auch an Fort- und Weiterbildungen, die pandemiebedingt ausfallen mussten oder für die neuen Herausforderungen und den Ausweg aus der pandemischen Situation notwendig geworden sind. Dazu gehört etwa das Wissen darum, wie durch die wieder frei gewordenen Handlungsspielräume, die Adressat:innen der einzelnen Einrichtungen wieder stärker an Entscheidungen und etwa pädagogischen Aushandlungen beteiligt werden können (Richter-Kornweitz und Holz 2022)²⁵. In jedem Fall gilt es, Teams darin zu unterstützen, wieder vernetzter und im engeren Austausch zu arbeiten um nach sukzessivem Wegfall der Schutzmaßnahmen in der Zukunft auch aktuell noch fehlende Bereiche wieder in die Arbeit reintegrieren zu können. Da sie dabei nach zwei Jahren Pandemie nicht nur selbst belastet sind, sondern es auch mit zum

Teil deutlich belasteten und lange isolierten Adressat:innen zu tun haben, sind auch zusätzliche Bedarfe an Beratung und Supervision auszuloten und zu bedienen. Diese betreffen etwa auch neue Phänomene, wie die Verbreitung von Verschwörungserzählungen.

Anders, aber nicht minder hart, hat die Pandemie Kulturschaffende getroffen, die für die Belebung der Quartiere und des öffentlichen Lebens unverzichtbar sind. Die Kulturszene war in den verschiedenen Phasen immer wieder von Schließungen und Einschränkungen betroffen, was insbesondere für freiberuflich tätige Künstler:innen und Kulturschaffende existenzielle Einschnitte zur Folge haben konnte.

Gerade in der Zeit nach der Pandemie, die auch von kulturellen Entbehrungen gezeichnet waren, wird die Förderung der Kulturszene noch einmal besonders wichtig, wenn insgesamt ein breites kulturelles Angebot für alle Bürger:innen Frankfurts gesichert sein soll.



23 Burstedde, A., Risius, P. & Werner, D. (2021). *Fachkräftemangel bei Hochqualifizierten wieder über Vor-Corona-Niveau. IW-Kurzbericht 39/2021*. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft.

24 Malin, L. & Hickmann, H. (2022). *Jahresrückblick – Der Arbeitsmarkt 2021. KOFA Kompakt 1/2022*. Köln: Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung.

25 Richter-Kornweitz, A. & Holz, G. (2022). *Krisenbewältigung geht vor, oder? Sozial Extra 46(2)*.

Insgesamt ist zu konstatieren, dass es nach zwei Jahren der Pandemie großen Bedarf an Möglichkeiten der Begegnung und des Austauschs unterschiedlicher Personengruppen ebenso bedarf, wie der gezielten Unterstützung einzelner, besonders betroffener Gruppen. Und deutlich wurde auch, dass bereits vielfach neue Initiativen und Projekte entstanden sind, die mögliche Auswirkungen bekämpfen und die Stadtteile auch während der Pandemie belebt haben. Diese gilt es zu erhalten und weiter zu fördern.



Prozess des Aktionsplans

Prozess des Aktionsplans

In der Pandemie wurde schnell klar, dass die Einschränkungen und die damit einhergehenden Auswirkungen auch noch langfristig eine Rolle spielen würden. Um die Folgen der Pandemie für die Bürger:innen der Stadt Frankfurt zumindest abzumildern, beschloss der Verwaltungsstab die Auflage eines Corona-Aktionsplanes für die Stadt Frankfurt. Mit der Koordination des Corona-Aktionsplans wurde das Jugend- und Sozialamt beauftragt. Die Leitung des Projekts wurde den beiden wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen der Amtsleitung des Jugend- und Sozialamtes übertragen.

Gemeinsam Neues wagen

Kaum jemand hätte vor der Pandemie gedacht, dass sich die oftmals starren und meist wenig flexiblen Regeln einer Verwaltung schnell verändern ließen. Verwaltungen werden oft mit riesigen Tankern verglichen, die weder schnell reagieren noch schnell die Richtung wechseln können. Doch genau dies war in der Krise aufgrund der sich ständig verändernden Situation notwendig. Zum Glück wurden wir eines Besseren belehrt und durften erleben, wie Kreativität, Flexibilität und Innovation in Verwaltungshandeln Eingang fanden, als es gelang, sich an den aktuellen Bedarfen der Bürger:innen auszurichten. Denken wir an die Bäckerei im Westend, die ihren Sommergarten, der dann sogar noch zum Wintergarten wurde, bis zu den Flaschencontainern auf der anderen Straßenseite ausweiten durfte. Oder die Fußballkneipe in

Bockenheim, wo plötzlich auch auf der Straße Tische und Stühle standen und eine Gemeinschaft aus Anwohner:innen, Besucher:innen und manchmal sogar Polizist:innen mit dem vorgeschriebenen Abstand vor und nicht in der Kneipe der Eintracht zujubelten. Für Jugendliche, die besonders unter den Kontaktbeschränkungen litten, wurden Open-Air-Sport-Studios entwickelt, um Konfliktsituationen an öffentlichen Orten zu deeskalieren. Der schnelle Aufbau von Impfzentren, in denen man beim »Pieks« mit einem Konzert der Kammeroper Frankfurt entspannt wurde, die mobilen und sehr flexiblen Impfteams im ganzen Stadtgebiet und nicht zuletzt die Erfindung der Impf-Strassenbahn zeigen, was möglich ist, wenn interdisziplinär und bereichsübergreifend zusammengearbeitet wird. Kreative Umnutzungen des öffentlichen Raums wurden zeitweise erlaubt und neue Möglichkeitsräume eröffnet, um den Menschen, die lange unter den Kontaktbeschränkungen gelitten hatten, wieder sicherere Begegnungen zu ermöglichen. Einiges davon dauert bis in die Gegenwart an und wird sogar noch weitergeführt.

Bei der gemeinsamen Aufgabe, einen Corona-Aktionsplan für die Stadt Frankfurt zu erstellen und damit ämter- und dezernatsübergreifend zusammenzuarbeiten, zeichnete sich auch schnell ab, dass neue Wege beschritten werden mussten. Hier waren multiperspektivische Lösungen gefragt. Natürlich wurde auch in der Vergangenheit bereits zusammengearbeitet, aber bisher nicht an einem ähnlich komplexen Thema, das nicht nur alle Mitarbeitenden und Bürger:innen der Stadt Frankfurt sondern sogar

die ganze Welt betraf. Zunächst stellte sich für die Projektgruppe die Frage, wer alles einzubeziehen wäre, um das gesteckte Ziel, die Folgen der Pandemie für die Bürger:innen abzumildern, zu erreichen?

Partizipativer Prozess

Da sich dies nicht einfach beantworten ließ, wurden zunächst alle Ämter zur Auftaktveranstaltung eingeladen. Von Anfang an war klar, dass es sich bei der Erstellung des Aktionsplanes um einen partizipativen Prozess handeln sollte. Die Koordination der Erstellung war zwar dem Jugend- und Sozialamt übertragen worden, aber bei der Ausgestaltung sollten alle gleichermaßen beteiligt werden. Auch dies stellte eine ganz neue Situation dar, da normalerweise ein Amt, zum Beispiel das Sportamt, bei der Erstellung des Sportentwicklungsplans in einer ämterübergreifenden Zusammenarbeit »den Hut aufhatte«. Bei der Entwicklung des Aktionsplans ging es erstmals um wirklich geteilte Verantwortung. Die Expertise von vielen sollte in einer Situation zusammenfließen, in der es durch die große Dynamik der Pandemie nicht immer einfach zu beurteilen war, was richtig oder falsch sein würde und was getan werden musste. Um möglichst schnell in die Umsetzung zu kommen, musste der Planungsprozess in sehr kurzer Zeit erfolgen, was nur durch ein agiles Projektmanagement umsetzbar war.

Projektstruktur

Zunächst wurde dafür im Jugend- und Sozialamt eine Koordinationsgruppe aus Leitungen und Mitarbeitenden verschiedener Abteilungen gegründet. Eine erste Orientierung entstand durch die Erstellung eines Projektsteckbriefes und durch die Festlegung einer Projektstruktur. Neben der Koordinationsgruppe sollte es eine ämterübergreifende Begleit- und Resonanzgruppe geben. Aufgabe der Begleitgruppe war die Beratung und der Austausch zum konkreten Prozess in den jeweiligen Ämtern. Die Resonanzgruppe, die aus den Führungskräften der verschiedenen Ämter bestand, war für die strategische Begleitung zuständig und diente als Schnittstelle zur Politik.

Die Koordinationsgruppe entwickelte einen Phasenplan, der sich in eine Auftaktphase, eine erste und zweite Entwicklungsphase gliederte und mit einer Bündelungs- und Dokumentationsphase endete.

Auftaktphase

Die Auftaktphase begann mit einer Auftaktveranstaltung am 01.11.21 im Palmengarten-Gesellschaftshaus, an der 52 Personen aus 23 Ämtern und Referent:innen aus zwei Dezernaten teilnahmen. Mit der partizipativen Methode des World-Cafés wurden die Teilnehmenden an sechs verschiedenen Themenfeld-Tischen bereichsübergreifend zur Pandemie und deren Folgen ins Gespräch gebracht. Der Fokus der Auftaktveranstaltung lag auf einem ersten ge-

meinsamen Kennenlernen, der Entwicklung einer gemeinsamen Arbeitsweise, dem Einstimmen auf das gemeinsame Ziel und inhaltlich im Schwerpunkt auf der Erfassung der Herausforderungen durch die Pandemie. Es kam zu einem regen Austausch und einer umfangreichen Sammlung zu den sechs – auf einer Grundlage des Jugend- und Sozialamtes basierenden – gemeinsam weiterentwickelten Themenfeldern.

Deutlich wurde, dass die Teilnehmenden aus ganz unterschiedlichen Arbeitsfeldern kamen, in denen unterschiedliche »Sprachen« gesprochen werden und unterschiedliche Sicht- und Herangehensweisen üblich sind. Dies führte dazu, dass mit unterschiedlicher Perspektive auf die verschiedenen Herausforderungen geblickt werden konnte, aber auch zu der Erkenntnis des Jugend- und Sozialamtes, dass nicht alle Ämter in der Logik von Angeboten und Maßnahmen funktionieren. Hier musste die aus eigener Perspektive geplante Logik des Aktionsplanes angepasst werden. Es zeigte sich, dass beispielsweise Ämter wie das Ordnungs- oder Grünflächenamt zwar keine Maßnahmen für Bürger:innen anbieten, aber durchaus Bedarfe bezüglich der Folgen der Pandemie benennen konnten. So kam es beispielsweise durch die verstärkte Nutzung des in der Pandemie sichereren öffentlichen Raumes zu erhöhtem Müllaufkommen und Lärmbelästigungen. Möglicherweise haben sogar einzelne Ämter und deren Kooperationspartner:innen durch die Verlegung von Angeboten nach draußen dazu beigetragen. Durch den Austausch der Ämter wurde klar, dass solche Auswirkungen bei Angeboten künftig mitgedacht werden sollten und

wie wichtig Schnittstellen zu anderen Ämtern bei der Ausübung der eigenen Aufgaben sind.

Auch das Ziel des Corona-Aktionsplans wurde noch einmal geschärft. Ziel war nicht nur die bloße Sammlung von Angeboten, Maßnahmen und Bedarfen zur Abmilderung der Pandemiefolgen, sondern insbesondere deren Abstimmung zwischen den einzelnen Ämtern. Der Aktionsplan sollte nicht zu einer Aneinanderreihung von einzelnen Angeboten, Maßnahmen und Bedarfen werden, sondern die gesammelten Angebote, Maßnahmen und Bedarfe sollten ineinandergreifen, um die Wirkung des Aktionsplanes zu erhöhen. Diese Zielschärfung wirkte sich auf die weitere Planung aus. Es wurde deutlich, dass dafür nach der Sammlungsphase der einzelnen Bedarfe und Ansätzen zu deren Bearbeitung eine weitere Abstimmung mit deren Schnittstellen notwendig wurde.

Die Auftaktphase endete mit der Versendung der Handreichung zur Entwicklung des Aktionsplans am 15.11.2021. Die Handreichung diente dazu, die weitere Vorgehensweise in den einzelnen Ämtern zu erklären, insbesondere auch für Beteiligte, die nicht an der Auftaktveranstaltung teilnehmen konnten.

Erste Entwicklungsphase

Ziel der ersten Entwicklungsphase in den einzelnen Ämtern war die Sammlung von Bedarfen und ersten Ideen zu deren Bearbeitung in Form der Maßnahmen und Angebote. Hier war das Vorgehen in den einzelnen Ämtern ganz

unterschiedlich. Teilweise gründeten sich ressortübergreifende Gruppen, die den Maßnahmenplan ihres Amtes erstellten oder es gab Einzelpersonen, die Ideen für das gesamte Amt sammelten. Deutlich wurde auch hier, dass zur Erfüllung dieser Aufgabe teilweise neue Arbeitswege beschritten und andere Formen der Zusammenarbeit entwickelt werden mussten. Positive Rückmeldungen aus verschiedenen Ämtern zeigen, dass bisher ungewohnte Zusammenarbeitsformen, ausgelöst durch die Erstellung der Maßnahmen-Tabellen, auch in Zukunft weitergeführt werden sollen und den Beteiligten einen ganz neuen Blick auf die verschiedenen Aufgaben ihres Amtes ermöglichen und zudem motivierend wirkten.

Begleitgruppe

Während der ersten Entwicklungsphase tagte die Begleitgruppe, an der sich 25 Mitarbeitende aus 19 Ämtern beteiligten, zweimal. Hier wurde sich zum Vorgehen in den einzelnen Ämtern ausgetauscht, Tipps gegeben und Best-Practice-Beispiele geteilt. Anregungen, was in den Ämtern noch gebraucht wurde, führten zu einer Überarbeitung und Erweiterung der Handreichung und zu weiteren Vorlagen, die die weitere Arbeit der Beteiligten erleichtern sollten. Am Ende der ersten Entwicklungsphase lagen fast aus allen beteiligten Ämtern Maßnahmentabellen vor. Teilweise dauerte es länger, bis auch die Maßnahmen der Kooperationspartner:innen der jeweiligen Ämter eingereicht wurden und einzelne Tabellen nochmals überarbeitet waren, sodass sich die erste Phase um mehrere

Wochen verzögerte.

Zweite Entwicklungsphase

In der zweiten Entwicklungsphase fanden Schnittstellen-Workshops zu den sechs verschiedenen Themenfeldern in unterschiedlicher Besetzung mit Teilnehmenden der Begleitgruppe statt. In diesen wurde geschaut, ob die gesammelten Herausforderungen weiterhin Bestand hatten oder ergänzt werden mussten, und ob für alle Herausforderungen auch Maßnahmen gefunden wurden. Zudem wurde der Blick auf Schnittstellen der verschiedenen Maßnahmen und Bedarfe gelenkt, um anschließend in kleineren Runden zur besseren Wirkung der Maßnahmen zusammenzuarbeiten. Im Anschluss an die Workshops wurden die Ergebnisse der Schnittstellen-Workshops in einer zusammengefassten Maßnahmen-Tabelle ergänzt.

Resonanzgruppe

An der Resonanzgruppe waren 9 Leitungskräfte beteiligt. Die Resonanzgruppe traf sich zum ersten Mal am 18.02.22 und wurde über den aktuellen Stand unterrichtet. Hier wurde beschlossen, den Aktionsplan zusätzlich zu den Themenfeldern anhand von Zielgruppen zu gliedern. Ein zweites Treffen wurde nach der Bündelungs- und Dokumentationsphase genutzt, um die Druckversion mit allen beteiligten Amtsleitungen final abzustimmen.

Bündelungs- und Dokumentationsphase

Um die Ergebnisse aus den verschiedenen Ämtern zugänglicher zu machen, stand als nächster Schritt eine weitere Bündelung an. Der Aktionsplan sollte nicht nur aus einer riesigen Excel-Tabelle bestehen, sondern in eine besser handhabbare Form gebracht werden. Zu diesem Zweck führten die Amtsleitung des Jugend- und Sozialamtes, eine Mitarbeiterin der Koordinationsgruppe sowie die beiden Projektleiter:innen einen Bündelungs-Workshop durch. Hier wurde zunächst die Zuordnung aller Maßnahmen zu den jeweiligen Themenfeldern überprüft und gegebenenfalls Anpassungen vorgenommen. Anschließend wurde innerhalb der Themenfelder nach Zielgruppen geordnet. Als Zielgrup-



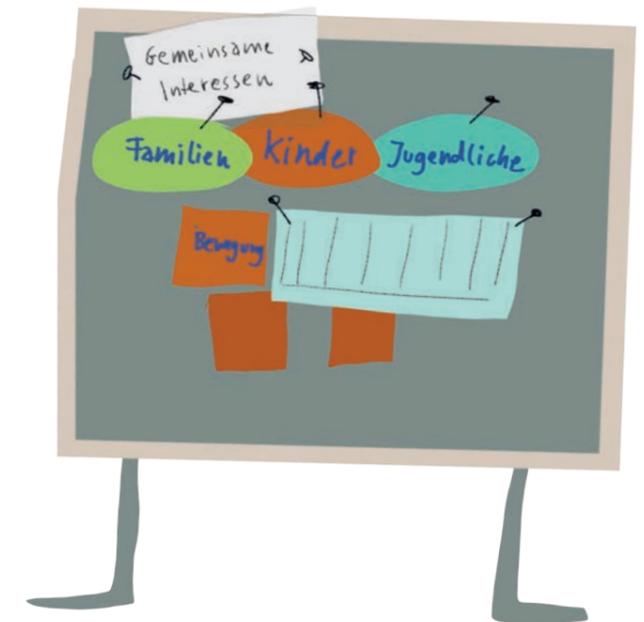
pen wurden »Kinder, Jugendliche und Familien«, »ältere Menschen«, »Fachkräfte« sowie die Gruppe »alle Bürger:innen mit besonderem Fokus auf Inklusion und Vielfalt« identifiziert. Anschließend wurden die Maßnahmen innerhalb der Zielgruppen unter neuen Überschriften zusammengefasst. Diese neue Form wurde als Druckversion graphisch umgesetzt. In der Kurzversion sind so nicht mehr alle einzelnen Maßnahmen und Angebote aufgelistet, sondern thematische Zusammenfassungen sichtbar, so dass eine Orientierung und Übersicht einfacher möglich sind. Die einzelnen Maßnahmen sind dadurch aber nicht verloren, sondern können unterhalb dieser Überschriften in den jeweiligen Themenfeldern als Codes identifiziert werden. Ergänzend zur Kurzversion gibt es eine Excel-Tabelle, in der alle Maßnahmen anhand ihrer Codes nachgeschaut werden können.



Ausblick

Die Pandemie ist sicher nicht die letzte Krise, bei der interdisziplinär zusammengearbeitet werden muss. Komplexe Probleme wie die Folgen des Klimawandels, die Mobilitätswende oder die weiter zunehmende soziale Ungleichheit erfordern ämter- und dezernatsübergreifende Kooperationen. Hier stellt sich die Frage nach der Weiterführung der jetzt bestehenden Netzwerke. Wie kann zukünftig Wissen geteilt, der Blick auf Schnittstellen geschärft und die Einbindung verschiedener Perspektiven zur Lö-

sungsfindung gelingen? Und wie kann die Stadtverwaltung aufgestellt werden, damit auch zukünftig Neues ausprobiert, experimentiert und auch mal etwas gewagt werden kann, um herauszufinden was funktioniert und was nicht? Wie flexibel können Genehmigungen werden und wie transparent Verwaltungsprozesse, um den Bürger:innen mehr Gestaltungsspielräume und Beteiligung zu ermöglichen?





AMKA

Revisionsamt

Jugend- und Sozialamt

Kinderbüro

Stadtschulamt

Drogenreferat

Kommunale
Kinder- Jugend- und
Familienhilfe

Amt für multikulturelle
Angelegenheiten

Stabsstelle
Unterbringungs-
management

Amt für Informations-
und Kommunikationstechnik

Stadtplanungsamt

UMWELTAMT

Grünflächenamt

Amt für Straßenbau
und Erschließung

KITA
Frankfurt

Stabsstelle
Inklusion

Bürgeramt
Statistik, Wahlen

SPORTAMT

Gesundheitsamt

Ordnungsamt

Kämmerei

Hafen- und
Marktbetriebe

KULTURAMT
Frankfurt am Main

**Systematik
und**

» Gebrauchsanweisung«

Der Corona-Aktionsplan besteht aus einer gedruckten Kurzversion und einem Nachschlagewerk in Form einer Tabelle, in der alle Maßnahmen der Beteiligten aufgelistet sind.

Zunächst wurden alle gesammelten Maßnahmen in einer nicht veränderbaren Originaltabelle zusammengefasst. Um alle Maßnahmen zu sichern und jederzeit nach der weiteren Verarbeitung zuordnen zu können, wurde diese Tabelle folgendermaßen codiert:

- (1) **Allen beteiligten Ämtern wurde ein Buchstabe zugewiesen (siehe beigefügte Auflistung). Der Buchstabe D steht beispielsweise für das Gesundheitsamt. Ein Code des Gesundheitsamtes beginnt mit dem Buchstaben D.**
- (2) **Die zweite Ziffer des Codes steht für eines der sechs Themenfelder.**
- (3) **Die folgende Ziffer zeigt an, ob das Themenfeld im Lauf der Bearbeitung verändert wurde und**
- (4) **die letzte Ziffer bezeichnet die Stellung der Maßnahme in der Originaltabelle an.**

Das lässt sich anhand eines Beispiels noch einmal darstellen:

Der Code D.5.2.12 bedeutet beispielsweise, dass es sich um eine Maßnahme des Gesundheitsamtes handelt, die zunächst dem Themenfeld 2 (Teilhabe) zugeordnet war und anschließend in das Themenfeld 5 (Demokratisches Zusammenleben und Verständnis zwischen den Generationen) verschoben wurde. In der Originaltabelle, die vom Gesundheitsamt eingereicht wurde, steht die Maßnahme an 12. Stelle.

Die Tabelle ist folgendermaßen aufgebaut:

In der ersten Spalte der Tabelle steht der Code. In der zweiten Spalte erfolgt die Zuordnung zu einem der sechs Themenfelder. Folgende Themenfelder wurden als relevant erarbeitet und konnten zugeordnet werden:

1. **Außerschulische und schulische Bildung**
2. **Teilhabe**
3. **Bewegung und Gesundheit**
4. **Kultur und gemeinsame Erlebnisse**
5. **Demokratisches Zusammenleben und Verständigung zwischen den Generationen und Kulturen**
6. **Gestaltung, Nutzung und Aneignung öffentlicher Räume**

D.5.2.12	Demokratisches Zusammenleben und Verständnis zwischen den Generationen	Während der Pandemie wurde der soziale Austausch, in öffentlichen Räumen – und zwischen den Generationen - stark eingeschränkt. Um dem grundsätzlich und nachhaltig entgegenzuwirken, ist eine gemeinsame, konzeptionelle und interdisziplinäre Herangehensweise erforderlich. Als gutes Orientierungs-Modell für Kommunen ist dazu der WHO Leitfadens der »Age-friendly Cities« besonders geeignet.	Schaffung einer städtischen Arbeitsgruppe zur Umsetzung des WHO Konzeptes »Age-friendly cities« unter Leitung des Gesundheitsamtes	Age-friendly Cities and Communities, also altersfreundliche Stadt und Kommunen und ist ein globales Netzwerk der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Die Mitgliedsstädte verpflichten sich den Bedürfnissen älterer Menschen besondere Aufmerksamkeit zu schenken und die Stadt nach ihren Bedürfnissen zu gestalten, was allen Generationen zu Gute kommt. https://www.who.int/news/item/01-10-2007-new-guide-on-building-age-friendly-cities	Kategorie B »Woran wir arbeiten«	2022	mit vorhandenem Personal umsetzbar, Mittel für zu entwickelnde Maßnahmen	Jugend- und Sozialamt und weitere städtische Ämter	Teilhabe
----------	--	--	--	--	----------------------------------	------	--	--	----------

Die dritte Spalte benennt die Herausforderung oder das Problem, auf das die Maßnahme in Bezug auf die Pandemie reagieren soll. In der vierten Spalte wird das Ziel, das mit der Maßnahme erreicht werden soll, benannt. In Spalte fünf können Maßnahmen/Angebote oder Bedarfe eingetragen werden. In der sechsten Spalte erfolgt eine Zuordnung zu drei verschiedenen Kategorien:

- Kategorie A »Wo wir stehen«**
- Kategorie B »Woran wir arbeiten«**
- Kategorie C »Woran wir künftig arbeiten werden«**

Kategorie A bezeichnet die Maßnahmen und Angebote, die zur Bekämpfung der Corona-Folgen bereits in den Ämtern umgesetzt werden. Unter Kategorie B fallen alle Maßnahmen und Angebote, die sich in den Ämtern in Entwicklung befinden. Kategorie C bezeichnet zukünftige Maßnahmen.

In der siebten Spalte kann der Zeithorizont der Maßnahmen eingetragen werden. Die Kosten in der achten Spalte beziehen sich auf die Kosten, die durch die bereits durchgeführte bzw. in Planung befindliche Maßnahme entstehen bzw. zu erwarten sind. Für eingetragene Bedarfe kann hier der geschätzte Mehraufwand vermerkt werden. Die letzte Spalte bezieht sich auf die Schnittstellen der Maßnahmen. Hier ging es um notwendige Kooperationen mit anderen Ämtern (z.B. Kinderbüro und Grünflächenamt bei Spielplätzen), aber auch um eine Zusammenarbeit, um die Wirkungen der Maßnahmen zu erhöhen.

In der Kurzversion finden sich die einzelnen Maßnahmen oder Bedarfe nur anhand der beschriebenen Codes. Sie sind zunächst Themenfeldern und anschließend Zielgruppen zugeordnet. Unterhalb der Zielgruppen erfolgte eine weitere Bündelung unter verschiedenen Überschriften. Um zu erkennen, welche Maßnahmen für eine bestimmte Zielgruppe in einem bestimmten Themenfeld geplant sind, können diese in der Originaltabelle nachgeschaut werden.

In den Beschreibungen der Themenfelder sind verschiedenen Beiträge und Ergebnisse der Auftaktveranstaltung und der Schnittstellen-Workshops sowie der gesammelten Bedarfe zusammengefasst. In den Beschreibungen fließen die verschiedenen Expertisen der beteiligten Ämter zusammen. Daher wurde Wert darauf gelegt, diese möglichst so in den Aktionsplan zu übernehmen, wie sie von den Einzelnen formuliert worden sind.

Amt/Betrieb/Dezernat	OE-Kürzel	Buchstabe
Kommunale Kinder- Jugend- und Familienhilfe	57	A
Kinderbüro	49	B
Grünflächenamt	67	C
Gesundheitsamt	53	D
AMKA	15	E
Stabsstelle Unterbringungsmanagement	58	F
Stadtplanungsamt	61	G
Stadtschulamt	40	H
Bürgeramt, Statistik, Wahlen	12	I
Kulturamt	41	J
Umweltamt	79	K
Amt für Straßenbau und Erschließung	66	L
Sportamt	52	M
Stabsstelle Inklusion	001.H16	N
Ordnungsamt	32	O
Jugend- und Sozialamt	51	P
KITA Frankfurt	48	Q

Themenfelder

Außerschulische und schulische Bildung

Die Pandemie hat Lücken und Mängel im Bildungssystem deutlicher hervorgehoben: Es fehlen an vielen Stellen Ressourcen in Bezug auf die personelle, räumliche und sachliche Ausstattung. Die Hygiene in Schulen (Schul toiletten, Lüftungsmöglichkeiten), fehlende Therapieangebote sowie die mangelnde digitale Ausstattung und fehlende Medienkompetenz bei Schüler:innen und Lehrer:innen rückten in den öffentlichen Fokus. Gleichzeitig wurde die formale Bildung in Schule und Ausbildung im Vergleich zu anderen Bildungsangeboten gesellschaftlich als bedeutsamer wahrgenommen. Viele neue Aufgaben, angefangen mit der Verlegung des Unterrichts in den digitalen Raum bis hin zur Umsetzung von ständig wechselnden Gesundheitsvorschriften und Hygieneregeln führten zu einer Überforderung von Lehrkräften und zu eingeschränkten Unterrichtszeiten und -möglichkeiten.

Auch im Kitabereich stiegen die Belastungen der Erzieher:innen durch zusätzliche Hygieneregeln. Hier stand jedoch im Verlauf der Pandemie primär die Betreuung im Vordergrund und die soziale und kulturelle Bildung waren nur nachrangig möglich. Während in der Schule Kinder und Jugendliche als »Pandemietreiber« oder »Gefährder:innen« ihrer Eltern und Großeltern und auf der anderen Seite nur in ihrer Rolle als Schüler:innen wahrgenommen worden, wurden gerade jüngere Kita-Kinder als Belastungsfaktor für ihre Eltern angesehen, da

diese wegen der Betreuung ihrer Kinder nicht arbeiten konnten. Nur die »systemrelevanten« Eltern hatten in der ersten Phase der Pandemie einen Zugang zur Notbetreuung in den Kindertagesstätten.

Das Homeschooling stellte eine große Belastung für Eltern und Kinder dar, die sich mit ungewohnten Rollen und Aufgaben konfrontiert sahen. Je nach häuslicher und schulischer Situation (keine einheitlichen Vorgaben und Regelungen) war eine geregelte Unterrichtsteilnahme kaum möglich. Dadurch entstanden oder verstärkten sich Überforderung, der Leistungsdruck und bereits bestehende Versagensängste bei Eltern und Kindern. Auch die Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen brachen zusammen (Schüler:innenvertretung, Klassenrat).

Die Pandemie hat die bereits bestehende Chancenungleichheit in der Bildung noch weiter verstärkt. Hinzu kommt, dass die während der Pandemie sozialisierten Kinder wenig oder kaum Gruppenerfahrung hatten und weniger gezielte Angebote und Settings für soziales Lernen möglich waren. Auch Kindern und Jugendlichen, die wegen fehlenden Kontakten zu ihren Klassenkamerad:innen isoliert waren, könnte die Rückkehr in den Schulalltag schwer fallen.

Fehlende Begegnungen und Kontakte wirkten sich belastend auf die psychische Gesundheit aus, was zu Vereinsamung, Zukunftsängsten und einem Mangel an Selbstwirksamkeitserfahrungen führte. Durch das Offenhalten der Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit

konnte zwar Entlastung geschaffen werden, aber auch die Angebote dieser Einrichtungen wurden durch die jeweils geltenden Infektions- und Hygieneregeln eingeschränkt.

Für die Übergangszeit ergibt sich für die Zielgruppen und Fachkräfte ein erhöhter Beratungs- und Unterstützungsbedarf. Es ist wichtig, auch den Eltern von stark belasteten Kindern und Jugendlichen Hilfe anzubieten. Dafür müssen die Fachkräfte sowohl technisch als auch persönlich gut ausgestattet sein, um mit den veränderten Bedarfen umgehen zu können. Kinder und Jugendliche brauchen Unterstützung, um fehlende soziale Kompetenzen sowie schulische Lerndefizite nachzuholen. Wichtig ist es auch, gemeinsam zu reflektieren, was aus der Krise gelernt wurde und was als Besonderheit in die neue Normalität übernommen werden kann. Dazu gilt es, die bestehenden Konzepte anzupassen.

Teilhabe

Die Pandemie hat bestehende soziale Ungleichheiten massiv verschärft. Betroffen waren insbesondere Menschen in prekären Lebenslagen, die nicht in soziale Zusammenhänge eingebunden sind, durch soziale Netze fallen bzw. bei denen generell eine erschwerte Teilhabe besteht (arme Menschen, drogenabhängige Menschen, wohnungslose Menschen, psychisch kranke Menschen, behinderte Menschen).

Die Pandemie hat hier zusätzlich zur generell

prekären Situation Einschränkungen in Bezug auf Teilhabe verursacht und Zugänge zu Hilfsangeboten erschwert oder sogar verhindert. Fördermaßnahmen für Kinder und Jugendliche fanden nur reduziert statt oder fehlten ganz in vielen Bereichen (Schule, Kita, andere soziale Einrichtungen, Ergotherapie, Logopädie ...). Zudem wurde festgestellt, dass (bestehende) persönliche Beratungsangebote und Fördermaßnahmen nicht durch Online-Angebote ersetzbar sind. Zu denken ist hier an Angebote der Förderung, Unterstützung von Kindern, Jugendlichen, Familien, Hilfe für Menschen mit psychischen Erkrankungen und die Pflegeberatung. Für den gestiegenen Bedarf insbesondere bei Kindern und Jugendlichen wird deutlich, dass nicht genügend therapeutische Angebote zur Verfügung stehen und so lange Wartezeiten entstehen. Auch die sonst verfügbaren Ehrenamtsstrukturen sind aufgrund der Infektionsgefahr stark zurückgegangen, da insbesondere ältere Menschen, die in der Pandemie besonders gefährdet sind, sich weniger engagieren konnten.

Um Kinder, Jugendliche und Familien zu unterstützen, hat die Stadt offene Kinder- und Jugendeinrichtungen offengehalten und neben digitalen auch analoge Beratungen (z.B. in den Sozialrathäusern und *Walk and Talk* bei der Familienbildung) aufrechterhalten. Bei Angeboten für Menschen in prekären Lebenslagen (z.B. für wohnungslose Menschen) wurden die Öffnungszeiten erweitert und weitere Angebote geschaffen. Durch diese Maßnahmen konnten zumindest teilweise Kontakte und Begegnungen ermöglicht werden. Für viele Personen stellten die ständig wechselnden Regelungen eine He-

erausforderung dar, da sie diese als nicht verständlich empfanden oder nicht in ihrer Sprache zur Verfügung standen. Hier besteht ein hoher Bedarf an weiteren Angeboten zur Vermittlung von Informationen (z.B. Einsatz von Gesundheitslots:innen in Unterkünften für Geflüchtete, Projekt Frankfurt-bleib-gesund.de).

Durch die Pandemie, die Digitalisierungsprozesse enorm beschleunigt hat, wurde deutlich, dass insbesondere für von Armut betroffene Menschen die digitale Teilhabe nicht sichergestellt ist. Sie waren vom öffentlichen Leben, das zeitweise größtenteils in den digitalen Raum verlegt werden musste, ausgeschlossen, weil es insbesondere an der Ausstattung mit Hardware und Internetzugängen mangelt. Gerade Kinder aus armen Familien, die ohne technische Ausstattung am digitalen Unterricht zu Hause nicht teilnehmen konnten, oder ältere Menschen in Alten- und Pflegeheimen waren besonders betroffen.

Unterstützungsprogramme des Bundes wie das Bildungs- und Teilhabepaket und der Digitalpakt von Bund und Ländern konnten in der Pandemiesituation nicht schnell genug Abhilfe schaffen. Auch gut gemeinte Verteilungen von Endgeräten, wie beispielsweise für Alten- und Pflegeheime scheiterten an nicht vorhandenen Internetzugängen und an fehlender Medienkompetenz bei Fachkräften und Bewohner:innen.

Neben der Versorgung mit technischer Ausstattung ist die Vermittlung von digitalen Kompetenzen und der gewissenhafte Umgang damit

eine dringliche Aufgabe, die inklusiv gestaltet werden sollte, damit die Bedarfe und Fähigkeiten der verschiedenen Zielgruppen berücksichtigt werden können. Das Ausgeschlossensein vieler Menschen von digitalen Möglichkeiten zur Kommunikation führte auch zu weniger Beteiligung und eingeschränkten Zugängen zu Informationen, sozialer und kultureller Teilhabe, Hilfen und Beratung. Dies hat verstärkte Isolation, Einsamkeit, Zukunftsängste und verpasste Bildungschancen zur Folge. Dies wirkt sich damit auf das gesellschaftliche Zusammenleben und den Zusammenhalt aus. Hinsichtlich der Aufgaben der Stadtverwaltung werden hier Herausforderungen in Bezug auf Zugänge, Informationsvermittlung, Übersichtlichkeit der Angebote, E-Government, Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme zwischen Bürger:innen und Verwaltung gesehen.

Bewegung & Gesundheit

Gesundheit

Viele Menschen waren in der Pandemie sehr belastenden und herausfordernden Situationen ausgesetzt. Insbesondere Kinder und Jugendliche brauchen hier Unterstützung, diese Belastungen angemessen zu bewältigen, um sich positiv zu entwickeln. Es ist daher wichtig, Menschen dazu zu befähigen, in Krisenzeiten ihre psychische Gesundheit zu erhalten. Insbesondere die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen muss gefördert werden. Pandemiebedingt sind auch zahngesundheitliche Probleme bei Kindern und Jugendlichen durch falsche Ernährung und fehlende Prophylaxe

entstanden, da keine aufsuchenden Maßnahmen zur Information der Eltern durchgeführt werden konnten.

Aufgrund von fehlenden Kontakten, Belastungen und Unsicherheiten haben sich bei Kindern und Jugendlichen Probleme beim Essverhalten, Essstörungen, Sorgen rund um den eigenen Körper sowie Esssucht mit einhergehendem Übergewicht als Kompensationsmechanismen, um mit negativen Gefühlen und Erlebnissen umzugehen. Durch den fehlenden Zugang zu Schul- und Kita-Essen haben sich Kinder und Jugendliche teilweise zudem schlechter ernährt.

Es wurde deutlich, dass pädagogische Fachkräfte in Kitas und Schulen mehr Informationen zu gesundheitsrelevanten Fragestellungen im Kindes- und Jugendalter benötigen. Auch Eltern brauchen in dieser Hinsicht mehr Beratung, was sich gerade bei Unsicherheiten und unterschiedlichen Empfehlungen in Bezug auf Impfungen von Kindern und Jugendlichen gezeigt hat.

Die Beschränkungen im Alltags- und Berufsleben sowie in der Freizeit haben sich insbesondere auf die Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien in Form von Verunsicherung, Einsamkeit und psychischer Belastungen ausgewirkt. Gleichzeitig fehlen therapeutische Angebote auch zum Umgang mit Trauer nach Verlust von Angehörigen oder es bestehen sehr lange Wartezeiten. Es fehlen auch hier Informationsangebote zu psychischen Erkrankungen für Eltern und Fachkräfte sozialer Einrichtungen. Nach Aussagen des Gesundheitsamtes treten

zudem bestimmte Störungsbilder vermehrt auf. Bei bereits vor der Pandemie Betroffenen, haben sich Krankheitsbilder zum Teil signifikant verstärkt. Hinzukommt, dass durch fehlende Begegnungen und Kontakte Symptome in der Krise zunächst weniger aufgefallen sind.

Gefordert wird der Ausbau von gesundheitlichen Angeboten, präventiv an Orten, an denen sich die Zielgruppen aufhalten. Insbesondere für Kinder und Jugendliche braucht es mehr Therapie- und Beratungsplätze, Überbrückungsangebote für Wartezeiten auf einen Therapieplatz sowie mehr Kinderärzt:innen.

Menschen in prekären Lebenslagen waren in der Pandemie stärker vom Infektionsgeschehen aber auch den Maßnahmen zur Eindämmung betroffen und wurden von Informationskampagnen schlecht erreicht. Deshalb müssen Maßnahmen zur Präventions- und Gesundheitsförderung der zunehmenden Bevölkerungsdiversität angepasst werden, um Gesundheitskompetenzen und -Chancen insbesondere vulnerabler Zielgruppen zu stärken. In der Pandemie wurden insbesondere für wohnungslose Menschen Schutzräume für eine Quarantäne und eine Betreuung bei gesundheitlichen Problemen gebraucht.

Auch die Thematik »elder abuse« verdient mehr Aufmerksamkeit. Durch die Isolation vulnerabler Gruppen, konnten Anzeichen für die Misshandlung von pflegebedürftigen Menschen noch weniger erkannt werden. Hier besteht Bedarf in Bezug auf Schutz und Unterstützung von Pflegebedürftigen.

Bewegung

Homeschooling und die teilweise kompletten Schulschließungen haben dazu geführt, dass Kinder, Jugendliche und ihre Familien viel Zeit zu Hause verbrachten. Damit einhergehend haben viele Menschen mehr Zeit vor dem Bildschirm verbracht und sich gleichzeitig weniger bewegt. Bewegung und Sport sorgen für Ausgeglichenheit, beugen Übergewicht vor und sorgen für ein ganzheitliches Wohlbefinden. Sport und Bewegung sind wichtige Faktoren der Gesunderhaltung, daher war es wichtig, dass unter Berücksichtigung der Corona-Verordnungen die städtischen Sportstätten so weit wie möglich geöffnet blieben. Da es trotzdem zu vielen Einschränkungen kam und die Sportausübung teilweise untersagt war, entwickelten die Sportvereine alternative digitale Formate, um weiterhin gemeinsamen Sport zu ermöglichen. Dies war natürlich nur mit den entsprechenden digitalen Voraussetzungen und ausreichend Platz zu Hause möglich.

Es gab insgesamt zu wenig Bewegungsangebote für alle Zielgruppen. Gleichzeitig wurden die existierenden Angebote kaum genutzt, insbesondere wegen Bedenken sich anzustecken oder weil sie nicht bekannt waren. Auch das Vereinsleben wurde durch die Pandemie stark eingeschränkt und beschädigt. Viele Angebote konnten nicht stattfinden und viele Mitglieder sind ausgetreten. Es gilt, die Bürger:innen wieder für Vereinsangebote als Nutzer:innen und Ehrenamtliche zu gewinnen. Hier wurde auch auf die fehlende Zusammenarbeit zwischen Bürger:innen und Vereinen hingewiesen.

Kultur & gemeinsame Erlebnisse

Die Pandemie hat das kulturelle Leben massiv eingeschränkt und zeitweise während der Lockdowns völlig zum Erliegen gebracht. Es wurde zwar immer wieder versucht, entsprechend der jeweils geltenden Regelungen, beispielsweise im öffentlichen Raum etwas für die Bürger:innen anzubieten, aber da die weitere Entwicklung der Pandemie nicht absehbar war, waren die Planungen schwierig und das damit einhergehende Risiko weiterer zukünftiger Einschränkungen für die Veranstalter:innen hoch.

Es kam zu Einschränkungen bei Ausflügen, kulturellen Veranstaltungen und Gruppenangeboten. Begegnungen und Kontakte fehlten. Freizeiten für Kinder und Jugendliche wurden abgesagt.

Begegnungsmöglichkeiten gerade für ältere Menschen, die ein höheres Infektionsrisiko hatten, waren eingeschränkt oder nicht möglich. Hier braucht es alternative Formate die auch unter unsicheren Bedingungen umgesetzt werden können, um ältere Menschen vor Isolation und Einsamkeit zu schützen.

Andererseits führten die Einschränkungen jedoch auch zu neuen kreativen Ideen. Balkon- und Schrebergartenkonzerte, Open-Air-Kinos und Theater im Hinterhöfen wurden organisiert und künstlerische Materialien bereitgestellt,

mit denen sich Kinder, Jugendliche und Familien sowie ältere Menschen zu Hause kreativ betätigen konnten. Kultur fand an ungewöhnlichen Orten statt und wurde zu den Menschen gebracht. Dies könnte auch in Zukunft Hemmschwellen zur Teilnahme insbesondere für Zielgruppen senken, die von den Auswirkungen sozialer Ungleichheit betroffen sind.

Natürlich wurden auch viele Angebote in den digitalen Raum verlegt. Hier konnten Bürger:innen an Touren durch unbekannte Städte oder an Lesungen, Ausstellungen und Theatervorstellungen teilnehmen, vorausgesetzt, die entsprechenden digitalen Rahmenbedingungen waren gegeben.

Dass Kulturerlebnisse nur eingeschränkt möglich waren, führte nicht nur zu existentieller Not bei Künstler:innen und anderen Kulturschaffenden. Immer wieder wurde die Frage nach der Systemrelevanz von kulturellen Angeboten und nach deren Wirkungen gestellt. Andererseits wurden Kunst und Kultur als »Brot für alle (...)« und als »unverzichtbar für Verständigung« genannt (Monika Rütters in der Generaldebatte im Bundestag am 30.9.2020).

Im Moment zeigt sich, dass die Bürger:innen nach einer langen Phase der Schließungen erst wieder einen neuen Zugang zur Kultur lernen. Solange weiterhin Ansteckungsgefahr besteht, wird der Besuch von kulturellen Veranstaltungen noch sehr selektiv ausgewählt. Da während der Pandemie Kultur im öffentlichen Nah-Raum von Bürger:innen stattfand, konnten auch beispielsweise Menschen, die nicht mehr mobil ge-

nug sind, von Veranstaltungen erreicht werden. Diese bisher nicht berücksichtigten Gruppen, gilt es, im Blick zu behalten.

Demokratisches Zusammenleben & Verständigung zwischen Generationen und Kulturen

Die Pandemie stellt einen ungewohnten Katastrophenfall dar, in dem täglich Entscheidungen und Regelungen an die aktuelle Lage angepasst werden mussten. Aufgrund der Infektionsgefahr und den damit einhergehenden notwendigen Kontaktbeschränkungen kam es auch zu Einschränkungen der Grundrechte, die nicht für alle unmittelbar nachvollzogen werden konnten. Dies insbesondere dann, wenn die Maßnahmen widersprüchlich wirkten und es dem Einzelnen an einem Verständnis demokratischer Entscheidungsstrukturen und politischer Prozesse fehlte.

Gleichzeitig gab es zu wenig Ansprache an die verunsicherte Bevölkerung und stattdessen nur ein tägliches Update der Coronazahlen oder Informationen von Virolog:innen oder dem Gesundheitsamt. Auch in der Stadt war der Bedarf nach einer einheitlichen adressat:innen-gerechten Krisenkommunikation groß, die nicht nur benannte, was erlaubt und was nicht erlaubt war, sondern die Bedarfe und Ängste der Bürger:innen in den Blick nahm.

Zunächst lag der Fokus auf den älteren Menschen, die besonders gefährdet waren und deshalb besonders geschützt werden mussten. Um diesen Schutz sicherzustellen, waren Ein-

schränkungen bei allen Bevölkerungsgruppen und deren Verständnis und Toleranz notwendig. Aufgrund der notwendigen Kontaktsperren konnten Begegnungen nur sehr eingeschränkt oder gar nicht stattfinden und der Austausch zwischen verschiedenen Gruppen fehlte. Alternative Möglichkeiten, wie digitale Treffen, konnten nicht von allen gleichermaßen genutzt werden, da sowohl Medienkompetenz als auch Ausstattung fehlten.

Durch das fehlende Verständnis politischer Prozesse und Überforderung mit den Auswirkungen der Pandemie konnten sich Verschwörungserzählungen bundesweit stark verbreiten, die sich in den entsprechenden Echokammern im Internet immer weiter bestätigten. Damit gingen auch in Frankfurt Spaltungen in der (Stadt-)Gesellschaft einher.

Hinzu kommt, dass regelmäßige demokratiefördernde Elemente, wie beispielsweise Treffen der Schüler:innenvertretung, der Stadtschüler:innenrat, Elternabende, Heimbeiräte, Demokratiestammtische und Gremien nur teilweise stattfinden konnten. Sobald wieder mehr Begegnungen möglich sein werden, ist die Gestaltung der Übergänge wichtig. Netzwerke müssen neu aktiviert, Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten, auch generationen- und kulturübergreifend angeboten werden. Menschen, die ihr Vertrauen in die Demokratie während der Krise verloren haben, brauchen Angebote und Kontakte, insbesondere diejenigen, die in spezifischen Gruppen (z.B. Verschwörungs-Kreisen) isoliert waren. Um die Kommunikation zu den Bürger:innen zu verbessern, wurden viele Bedarfe genannt:

Die Einrichtung eines Bürger:innenportals für alle städtischen Online-Dienste, einer Frankfurt-App für Online-Dienste wie Kultur- und

Freizeitangebote sowie Analysen zu den Bedarfen und Wünschen hinsichtlich Kommunikation der Bürger:innen und der Stadtverwaltung. Zudem wurde gefordert, eine zielgruppengerechte Ansprache und Erreichbarkeit durch unterschiedliche Zugangswege sicherzustellen, Werbeflächen oder Ähnliches zur Kommunikation zu nutzen sowie in Krisen regelmäßige Ansprachen durch den Oberbürgermeister, in denen auf die Sorgen und Ängste der Bevölkerung eingegangen wird, anzubieten.

Personengruppen, die verstärkt von Diskriminierungen betroffen waren, sollten zudem besonders in den Blick genommen und unterstützt werden.

Gestaltung, Nutzung & Aneignung öffentlicher Räume

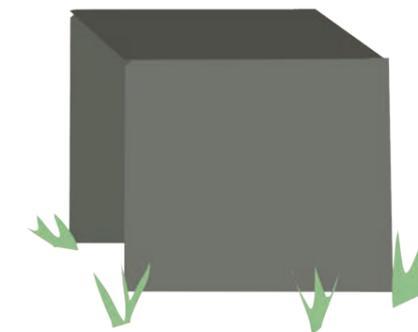
Der öffentliche Raum spielte in der Pandemie eine besondere Rolle, da vieles aufgrund der Sicherheits- und Infektionsbestimmungen nach draußen verlagert werden musste. Zudem wurde er als Kommunikationsraum genutzt, beispielsweise für die allgegenwärtigen Regenbogenbilder von Kindern, Hilfsposten an Bauzäunen, als alternativer Beratungsraum auf Spaziergängen oder Bänken oder zum Unterricht.

Durch Homeoffice oder Kurzarbeit waren in der Pandemiezeit wesentlich mehr Menschen dauerhaft zu Hause und nutzten die wohnortnahen Frei- und Grünflächen. Gerade Menschen, die nur wenig Wohnraum zur Verfügung und

keinen Garten hatten, brauchten den öffentlichen Raum zur Entlastung und Erholung. Das führte häufig zu Nutzungskonflikten, da unterschiedliche Interessen und Anliegen von mehr Menschen aufeinandertrafen und zu überfüllten zentralen Plätzen, aber auch zu erhöhtem Müllaufkommen und Lärmbelästigungen von Anwohner:innen führten. Gegenseitige Akzeptanz und Toleranz gegenüber anderem Verhalten und Lebensentwürfen, aber auch die Anerkennung von Diversität als Ressource waren gefragt. Für die Stadtverwaltung stellt sich hier weiterhin die Aufgabe, in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Ämtern die Aufenthaltsqualität und die Begegnungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum auszubauen und bei Nutzungskonflikten moderierend oder durch Mediationsprozesse zu unterstützen.

Innovative Nutzungen sollten gefördert werden und Grün- und Freiflächen allen Bürger:innen gleichermaßen zur Verfügung stehen. Es ist zudem wichtig, Grünflächen, die häufig nur für eine begrenzte Nutzung ausgelegt sind, vor Schädigungen zu schützen, indem über den Umgang mit der Natur informiert wird. Attraktive öffentliche Räume werden gebraucht, damit die Menschen sich in der Stadt wohl fühlen. Es stellt sich auch immer wieder die Frage: Wem gehört die Stadt? In der Pandemie haben sich die Menschen den öffentlichen Raum ihren Bedarfen entsprechend neu angeeignet: Orte, Gebäude, Straßen und Flächen wurden (wieder-)entdeckt, belebt, zugänglich gemacht, häufig auch flexibel umgenutzt und künstlerisch bespielt. Es entstanden kreative Ideen und die Lust, die eigene Stadt mitzugestalten.

Diese Ressourcen gilt es auch zukünftig zu nutzen und die Menschen bei der Stadtentwicklung einzubeziehen. Dann können sie Verantwortung übernehmen und ihren Teil dazu beitragen, dass die Stadt und der öffentliche Raum für alle lebenswerter werden und bleiben.





Klima

CO₂

Flugzeuge

Bis

Nachmittag

Außerschulische und
schulische Bildung

KINDER, JUGENDLICHE UND FAMILIEN

Kindern und Jugendlichen eine Stimme geben

Beteiligungs- und Begegnungsmöglichkeiten schaffen, damit ihre Interessen, Fragen und Bedürfnisse Gehör finden, in Gestaltungsprozesse einfließen können und sie wieder als Teil einer Gemeinschaft Selbstwirksamkeit, Stärken und Potenziale erleben können.

H.1.1.10

Sprache und Integration fördern

Erweiterung von Regelangeboten durch Fachkräfte auch vor Ort in Gemeinschaftsunterkünften für Kinder und Eltern sowie Schaffung neuer Angebote wie z.B. spielerischer Leseförderung. Gleichzeitige Stärkung von ehrenamtlichen Angeboten (Sprachcafés) und die (Rück-)Gewinnung von ehrenamtlich Engagierten

F.1.1.5, P.1.1.92, D.1.1.24, D.1.1.19, A.1.4.45

Beim Aufarbeiten schulischer Defizite unterstützen

Bereits bestehende Angebote (Hausaufgabenhilfe, Sprach- und Lernförderung) intensivieren, durch neue Kooperationen Erweiterungen schaffen und neue Angebote wie virtuelle Lern- und Begegnungsräume sowie Lern- und Austauschgruppen fördern.

A.1.4.46, P.1.1.57, P.1.1.103, P.1.1.102, P.1.1.36, A.1.4.49

Eltern informieren

Eltern informieren: Elternabende und Austausch auch unter Pandemiebedingungen ermöglichen und neue digitale Formate sowie Onlinesprechstunden zu besonderen Themen z. B. Mediennutzung und- Sucht anbieten.

P.1.1.62, P.1.1.61, P.1.1.60, B.1.2.23

Eltern bei der Erziehung unterstützen

Angebote, Begegnung und Austausch für belastete Familien, insbesondere Für Ersteltern fördern und ausweiten.

D.1.3.16, P.1.3.2

Begegnung und Austausch ermöglichen

Jugendeinrichtungen offen halten für verschiedene Angebote, wie Koch-events, Kino, Fußball, Gesellschaftsspiele, auch einrichtungs- und stadtteilübergreifend.

P.1.1.94

Versorgung und Betreuung sichern

Die Betreuung von Kindern und Jugendlichen auch in Krisensituationen sicherstellen. Notbetreuungsplätze für mehr Familien ermöglichen, indem die Einstufung von systemrelevanten Tätigkeiten erweitert wird.

H.1.1.2, H.1.1.3, B.1.1.21, I.1.1.2

ALLE MIT FOKUS AUF INKLUSION UND VIELFALT:

Bildung für nachhaltige Entwicklung fördern

Entdecken, Lernen, Forschen im Frankfurter Grüngürtel ausbauen und mehr Lernorte im Freien, auch beispielsweise für Angebote der kulturellen Bildung entwickeln.

K.1.1.2, K.1.2.6, J.1.1.29

FACHKRÄFTE

Qualität sichern

Qualitätssicherungs- und Entwicklungsprozesse fördern.

Q.1.1.7, Q.1.1.8

Fachkräfte beraten

Fachkräfte beraten: Vernetzung und Austausch von Fachkräften ermöglichen sowie Beratungsangebote zu verschiedenen Themen beispielsweise Gesundheit, finanzielle Förderung, Qualitätssicherung entwickeln.

J.1.1.22, J.1.1.23, Q.1.1.3, Q.1.1.12, Q.1.1.11

*Außerschulische und
schulische Bildung*

Kategorie A »Wo wir stehen«

Kategorie B »Woran wir arbeiten«

Kategorie C »Woran wir künftig arbeiten werden«



KINDER, JUGENDLICHE UND FAMILIEN

Lebenslagen erfassen

Beratungsangebote und Bedarfe von Familien, Kindern und Jugendlichen abgleichen und gegebenenfalls bestehende Angebote anpassen und neue geeignete entwickeln.

B.2.2.22, B.2.2.17, P.2.2.98, P.2.2.96

Digitale Teilhabe ermöglichen

Technische Voraussetzungen für die digitale Teilhabe schaffen (Ausstattung mit Hardware, technischer Support, Internetzugänge, Schulungen Medienkompetenz) und zusätzliche Angebote im digitalen Raum anbieten.

B.2.2.8, H.2.1.5, Q.2.1.10

Soziale Ungleichheiten kompensieren

Bestehende Angebote erweitern und durch Öffentlichkeitsarbeit und Multiplikator:innen sichtbar machen, damit Familien, Kinder und Jugendliche profitieren können.

B.2.2.15, B.2.2.3, P.2.2.80, P.2.1.42, B.2.2.16, B.2.2.18, J.2.2.28, P.2.2.90, P.2.1.70, J.2.1.26

Inklusion verwirklichen

Neue Formate zum Austausch, zur Begegnung, zum Erleben von Gruppen und Gemeinschaft und qualifizierte Unterstützung in Kita, Schule und bei außerschulischen Angeboten fördern.

D.2.1.23, P.2.2.87

Netzwerke knüpfen

Familiennetzwerke für Eltern mit Neugeborenen und junge Familien in allen Stadtteilen entwickeln.

P.2.2.78

FACHKRÄFTE

Digitale Ausstattung sicherstellen und Medienkompetenz fördern

Pädagog:innen, Kulturvermittler:innen, Quartiersmanager:innen, Multiplikator:innen der Sozial- und Bildungsarbeit besser ausstatten und bestehende Fortbildungen ausweiten.

P.2.2.22, H.2.1.4, P.2.1.63, J.2.6.16, Q.2.1.9, G.2.2.2, P.2.1.64, P.2.2.54, J.2.12.24

ALLE MIT FOKUS AUF INKLUSION UND VIELFALT:

Teilhabe am digitalen Raum

Technische Voraussetzungen für die digitale Teilhabe schaffen (Ausstattung mit Hardware, technischer Support, Internetzugänge, Schulungen Medienkompetenz).

J.2.5.11, P.2.1.41, E.2.2.5, P.2.2.18, P.2.2.100

Niedrigschwellige Zugänge schaffen

Ehrenamtliche Sozialberatung in allen Stadtteilen ausbauen und auch analoge Formen zur Informationsweitergabe in den Stadtteilen (Schaukästen, Seniorenzeitschrift, Stadtteilzeitungen) wieder stärker nutzen. Sprachensible Kompetenzen in der Stadtverwaltung fördern.

P.2.2.35, P.2.2.74, D.2.3.22, A.2.2.19, P.2.3.50, I.2.2.5, I.2.2.3

Lebenslagen erfassen

Teilhabe von Menschen mit Behinderung durch barrierefreie Apps und Websites von Ämtern und Betrieben ermöglichen. Durch Befragung von Menschen mit Behinderung Bedarfe in Bezug auf Pandemiefolgen ermitteln.

N.2.2.2, N.2.2.4

Quartiersbezogene Beratung

Qualifizierung von Ehrenamtlichen und Studierenden, um niedrigschwellige sozialräumliche Beratungsangebote (Psychologische Beratung, Sozialberatung, Pflegeberatung, Krisenberatung) auszubauen und bestehende Selbsthilfegruppen zu unterstützen.

D.2.3.17, P.2.2.55, F.2.2.3, P.2.2.95, P.2.3.67

ÄLTERE MENSCHEN

Niedrigschwellige Zugänge schaffen

Kulturelle Teilhabe für ältere Menschen durch Unterstützungsnetzwerke ermöglichen und zusätzliche Beratungs- und Austausch-Angebote für pflegende Angehörige entwickeln.

P.2.2.76, P.2.2.81, P.2.2.95

Kategorie A »Wo wir stehen«

Kategorie B »Woran wir arbeiten«

Kategorie C »Woran wir künftig arbeiten werden«

Teilhabe



Bewegung
und
Gesundheit

KINDER, JUGENDLICHE UND FAMILIEN

Kinder u. Jugendliche in Bewegung bringen

Neue attraktive Bewegungsangebote in der offenen Kinder- und Jugendarbeit etablieren und digitale Challenges entwickeln.

A.3.3.4, A.3.3.8, A.3.3.9, A.3.3.10, A.3.3.11, M.3.3.3

Gesundheit fördern

Pausierende Angebote und Beratungen zur psychischen und physischen Gesundheit wieder aktivieren und ausbauen.

D.3.3.4, D.3.3.14

Über Gesundheit beraten und aufklären

Informations- und Beratungsangebote zur Stärkung der Gesundheitskompetenz auch kultursensibel und mehrsprachig anbieten.

D.3.3.3, B.3.5.4, D.3.3.2, D.3.3.7, B.3.3.10, B.3.3.9, P.3.3.97

Zugang zu gesunder Ernährung ermöglichen

Kochangebote und Projekte zu gesunder Ernährung mit Kindern und Jugendlichen fördern und aufsuchende Ernährungsberatung in Kitas und Schulen etablieren.

D.3.3.5, P.3.3.107, A.3.2.20, A.3.2.18,

Vor Ansteckung schützen

Schutzmaßnahmen in Kindertageseinrichtungen, der Kindertagespflege und Schulen sicherstellen.

H.3.1.12, H.3.1.11, H.3.1.8, H.3.1.9, H.3.1.7

FACHKRÄFTE

Gesundheit Professioneller schützen

Informations- und Austauschangebote sowie Schutzausrüstung für Fachkräfte sicherstellen.

Q.3.3.4, Q.3.3.6, Q.3.3.5

ALLE MIT FOKUS AUF INKLUSION UND VIELFALT:

Bewegung für alle fördern

Sportstättenkapazitäten erweitern und für alle nutzbar machen und Angebote auf öffentlichen Freiflächen, Haltestellen und in den Stadtteilen entwickeln.

M.3.3.12, D.3.3.8, M.3.3.2, M.3.3.9, M.3.3.4, M.3.3.10, B.3.3.13, M.3.3.6, M.3.3.7

Vereinssport fördern

Bürger:innen für die Angebote der Vereine als Nutzer:innen und Ehrenamtliche zurückgewinnen. Angebote durch Öffentlichkeitsarbeit und Tage der offenen Tür bekannter machen.

P.3.3.73

Schutzeinrichtungen während der Pandemie vorhalten

Quarantäne-Unterkünfte für Menschen in prekären Lebenslagen bereitstellen und Notunterkünfte in Krisenzeiten erweitern.

P.3.3.33, P.3.3.34, P.3.3.82

Gesundheit fördern, aufklären und schützen

Entlastungsangebote für pflegende Eltern und Angehörige anbieten und Schutz von Pflegebedürftigen in Abhängigkeit von Dritten sicherstellen. Walk-and-Talk Angebote und einheitliche und zielgerichtete Kommunikationsstrategie für den Sportbereich entwickeln.

Q.3.1.2, M.3.3.11, D.3.3.9, M.3.3.13, D.3.3.15, P.3.3.31, P.3.3.111, P.3.3.105, F.3.2.2, I.3.3.6, D.3.3.21, D.3.3.18, P.3.3.79

ÄLTERE MENSCHEN

Vor Ansteckung schützen

Zugang zu Impfangeboten unterstützen.

P.3.3.84

Kategorie A »Wo wir stehen«

Kategorie B »Woran wir arbeiten«

Kategorie C »Woran wir künftig arbeiten werden«

Bewegung
und
Gesundheit



Kultur und
gemeinsame
Erlebnisse

KINDER, JUGENDLICHE UND FAMILIEN

Bewegungs- und Körperliche Ausdrucksmöglichkeiten anbieten

Unterschiedliche Formate für Tanz- und Theaterangebote in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit entwickeln.

P.4.4.104, A.4.3.6, A.4.3.12, A.4.3.7

Künstlerische Ausdrucksmöglichkeiten in offenen Ateliers mit Mal- und Graffitiangeboten fördern

Unterschiedliche Projekte und Angebote zum künstlerischen Gestalten und Ausprobieren entwickeln und durchführen.

A.4.4.41, A.4.4.38, A.4.4.44, A.4.4.39, A.4.4.51, A.4.4.52, A.4.4.53, A.4.3.5

Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen ermöglichen

Für und mit Kindern, Jugendlichen und Familien Besuche und Teilnahme an Konzerten, Theaterfestivals, Kunstausstellungen und Museumsbesuchen organisieren und durchführen.

P.4.4.7, P.4.4.8, P.4.4.6, J.4.4.19, B.4.4.11, P.4.4.108, P.4.4.69

Ausflüge, Freizeiten und Feste für Familien planen und organisieren

B.4.4.12, P.4.3.71, P.4.3.106, A.4.4.33, A.4.4.26, A.4.4.23, B.4.3.14, A.4.4.25, P.4.3.56, A.4.2.14

Kreative Gestaltungsmöglichkeiten mit unterschiedlichen Materialien anbieten

Unterschiedliche Projekte und Angebote zur Gestaltung mit verschiedenen Materialien (z.B. Holz, Ton, Textil) entwickeln und durchführen.

A.4.4.50, A.4.4.48, A.4.4.36, A.4.4.40

Medien gestalten

Foto-, Film- und Musik-Workshops anbieten.

A.4.4.42, A.4.4.47, A.4.4.54, A.4.4.43

Für Kinder und Jugendliche Freizeiten und Ausflüge anbieten

Attraktive außergewöhnliche Ausflüge wie z.B. in den Europa-Park oder zur Kartbahn sowie regelmäßige Angebote ermöglichen. Attraktive Ferienangebote für Frühling, Sommer und Herbst entwickeln.

P.4.1.3, P.4.1.4, P.4.1.5, A.4.4.28, A.4.4.27, A.4.4.29, A.4.4.32, A.4.4.31, A.4.4.34, A.4.4.21, A.4.4.22, A.4.4.30, A.4.4.35

Kulturelle Bildung als Regelangebot in sozialen Einrichtungen etablieren

Kulturelle Teilhabe sichern und Zielgruppen stärken durch den Zugang zu kultureller Bildung: Angebote zu Musik, Sprache, Kunst, Bewegung, Theater und Medien.

P.4.4.114

KULTURSCHAFFENDE UND ANDERE FACHKRÄFTE

Kulturangebote nachhaltig sichern

Auftrittsmöglichkeiten für Künstler:innen auch in Krisenzeiten ermöglichen und Informationen zu finanzieller Unterstützung (Notfall-Fonds) sowie Beratungsmöglichkeiten bereitstellen.

J.4.4.4, J.4.4.17, J.4.4.3, J.4.4.15, J.4.6.13, J.4.4.6, J.4.4.2

ALLE MIT FOKUS AUF INKLUSION UND VIELFALT:

Begegnungen fördern

Stärkung der Kultur vor Ort in den Stadtteilen durch die Förderung von Quartiersfesten und Nachbarschaftscafés.

P.4.4.72

Teilnahme am kulturellen Leben ermöglichen

Auch in Krisen Kulturexperiences ermöglichen und spezifische Angebote für vulnerable und schwer erreichbare Gruppen entwickeln. Über bestehende Angebote zielgruppengerecht informieren

P.4.4.23, D.4.4.6, J.4.4.5, J.4.4.18, J.4.4.8, D.4.4.11, J.4.1.25, J.4.4.7

ÄLTERE MENSCHEN

Freizeiten und Ausflüge für ältere Menschen anbieten

Formate und Alternativen anbieten, die auch unter unsicheren Bedingungen umgesetzt werden können.

P.4.4.24

Kulturelle Angebote für Senior:innen schaffen

Aufsuchende Kulturprojekte in den Stadtteilen wohnortnah entwickeln und neue Kooperationen fördern.

P.4.4.21, P.4.4.93, J.4.4.1.27

Kultur und
gemeinsame
Erlebnisse

Kategorie A » **Wo wir stehen**«

Kategorie B » **Woran wir arbeiten**«

Kategorie C » **Woran wir künftig arbeiten werden**«



KINDER, JUGENDLICHE UND FAMILIEN

Schüler:innen beteiligen

Gewährleistung einer demokratischen Schüler:innen (SV)-Vertretung und deren Ausbildung ab der fünften Klasse sowie Aufbau eines Netzwerks für SV

B.5.5.20, B.5.5.19

Kindern und Jugendlichen eine Stimme geben

Teilhabe und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ermöglichen und deren Bedarfe ernst nehmen. Politische Jugendbildungsangebote anbieten und Demokratie-Lernen fördern

B.5.2.6, P.5.5.110, A.5.55, P.5.5.109, P.5.5.99

Neue Begegnungen anregen

Kontakte zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit von Kindern und Jugendlichen aus Unterkünften für geflüchtete Menschen anregen und unterstützen.

P.5.1.59

FACHKRÄFTE

Konzepte entwickeln und evaluieren

Interdisziplinäre Arbeitsgruppen zur Entwicklung neuer Konzepte, Projekte und Netzwerke initiieren.

D.5.2.12, Q.5.5.16, F.5.2.4, I.5.5.7; E.5.2.4

ALLE MIT FOKUS AUF INKLUSION UND VIELFALT:

Dialoge initiieren

Generations-, Kultur- und zielgruppenübergreifend Menschen miteinander in Kontakt bringen

B.5.3.2, F.5.2.6, P.5.5.77, P.5.5.112, P.5.2.48, A.5.4.24, P.5.5.113

Mit Bürger:innen kommunizieren

Digitale Serviceangebote überarbeiten und ausbauen, neue Angebote für verschiedene Zielgruppen entwickeln und die adressat:innengerechte Ansprache und Erreichbarkeit durch unterschiedliche Zugangswege sicherstellen

I.5.5.12, J.5.2.20, P.5.4.16, L.5.6.3, I.5.5.8, I.5.5.9, B.5.2.5, E.5.2.3, I.5.5.10, Q.5.5.17, P.5.5.43, I.5.5.13, E.5.2.6, I.5.5.11, P.5.5.37, L.5.2.4

Bürger:innen beteiligen

Niedrigschwellige Teilhabe für verschiedene Zielgruppen barrierefrei ermöglichen und neue Beteiligungsmöglichkeiten schaffen.

N.5.2.3, E.5.4.7, Q.5.5.15, E.5.2.2, P.5.5.115

Kategorie A » Wo wir stehen«

Kategorie B » Woran wir arbeiten«

Kategorie C » Woran wir künftig arbeiten werden«

Demokratisches
Zusammenleben und
Verständigung zwischen
den Generationen und
Kulturen



Gestaltung, Nutzung
und Aneignung
öffentlicher Räume

KINDER, JUGENDLICHE UND FAMILIEN

Öffentliche Räume gemeinsam planen, gestalten und erhalten

Beteiligung z.B. Bei der Wohnumfeldgestaltung, der Öffnung von Spielstraßen und beim Neu- und Umbau von Spielplätzen.

B.6.6.7, C.6.6.5, C.6.6.6, P.6.3.86, A.6.4.37

Bewegungsangebote im öffentlichen Raum schaffen

Flexible Umnutzung von Räumen und Nutzung öffentlicher Freiflächen für Sportangebote.

A.6.3.2, A.6.3.3, P.6.3.88

Natur erleben

Gemeinschaftliche Gartenprojekte und grüne Klassenzimmer fördern.

A.6.2.15, A.6.2.13

Öffentliche Räume pflegen und erhalten

Reinigungsturnus wegen verstärkter Nutzung erhöhen.

J.6.6.12

Achtsam mit der Natur umgehen

Durch Öffentlichkeitsarbeit für die naturgerechte Nutzung von Grünflächen und Naturschutz sensibilisieren und beraten. Den Einsatz von Ranger:innen (Umweltlots:innen) intensivieren.

C.6.6.2, C.6.6.7, C.6.6.3, K.6.6.3, K.6.2.7, C.6.6.4, K.6.3.4, M.6.3.8, K.6.3.5

Räume umgestalten und flexibel nutzen

Experimente wagen, Nutzungsmöglichkeiten erweitern von z.B. Schulhöfen, Parkdecks Friedhöfen, Parkplätzen, Straßen, Messegelände, Hochhausdächern und den öffentlichen Raum begrünen.

P.6.1.85, J.6.1.10, L.6.6.2, M.6.3.5, P.6.6.32, D.6.6.10, J.6.6.14, A.6.62.17, P.6.6.52, D.6.6.20, P.6.6.53

Gestaltung, Nutzung
und Aneignung
öffentlicher Räume

ÄLTERE MENSCHEN

Bewegungsangebote im öffentlichen Raum schaffen

Gesundheitsspaziergänge initiieren und sich mit Fitnessanlagen im öffentlichen Raum mit Hilfe von Trainer:innen vertraut machen.

D.6.63.13

Kategorie A » Wo wir stehen«

Kategorie B » Woran wir arbeiten«

Kategorie C » Woran wir künftig arbeiten werden«

Ausblick: wie soll es weitergehen nach dem Aktionsplan?

Corona, die Folgen und der Aktionsplan

Auch nach zweieinhalb Jahren ist gegenwärtig noch nicht in allen Bereichen das Ausmaß der Folgen von Corona und den damit einhergehenden Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung absehbar. Noch wissen wir auch nicht, wie lange das Virus den Alltag der Menschen nicht nur in Frankfurt mitbestimmen wird. Doch schon nach diesen ersten Jahren der Pandemie konnten im vorliegenden Aktionsplan bereits viele Herausforderungen benannt werden, die es anzugehen gilt. Zudem haben wir über die Lock-down- und Öffnungsphasen immer mehr über das Virus, den Schutz und die Auswirkungen von Schutzmaßnahmen gelernt und neues Wissen erzeugt, auf das wir jetzt und zukünftig zurückgreifen können.

Mit dem vorliegenden Aktionsplan liegt eine Sammlung verschiedener Ideen und Ansätze vor, wie die Auswirkungen der Corona-Pandemie bearbeitet werden können. Deutlich wird auch, dass die einzelnen Ämter und Einrichtungen in der Zeit der Pandemie bereits vielfach kreative und unkonventionelle Wege gefunden haben, die Bürger:innen zu unterstützen und ein gelingendes Miteinander im Austausch zu ermöglichen. Die Maßnahmen und Angebote der Kategorie A stehen für diesen engagierten und dynamischen Umgang mit der Pandemie.

Deutlich ist aber auch geworden, dass die bisherigen Anstrengungen noch nicht ausreichen und auf Dauer nicht ausreichen werden, die Auswirkungen der Pandemie nachhaltig auszugleichen oder zumindest abzumildern. Zusam-

mengetragen wurden in den Kategorien B und C vielfach Ansätze und Ideen, die notwendig sein werden, gestärkt aus der pandemischen Situation zu gehen und auch für künftige Krisen nachhaltig gerüstet zu sein.

Mit dem vorliegenden Aktionsplan ist der Prozess der Bearbeitung der Auswirkungen daher noch nicht abgeschlossen, sondern lediglich ein weiteres wichtiges Kapitel aufgeschlagen. Der Aktionsplan lässt zum einen vergangenes und bestehendes Engagement sichtbar werden, weist aber zum anderen nachdrücklich auf erforderliche Anstrengungen hin, die im Interesse der Bürger:innen der Stadt Frankfurt noch in den kommenden Wochen, Monaten und Jahren zu leisten sein werden.

Auch wenn die Angebote und Maßnahmen zusätzliche Kosten bedeuten, sind Investitionen in diese vielfältigen Bewältigungsideen auch haushaltspolitisch sinnvoll, weil dadurch bereits jetzt verhindert werden kann, dass sich Schief-lagen entwickeln, die uns dann unter hohen Kosten noch lange beschäftigen werden.

Abstimmung und Koordination der Umsetzung: Empfehlungen zur Umsetzungsphase

Der Aktionsplan kann einen Prozess anstoßen, die notwendigen Anstrengungen zu sichten und zu fördern, neue Konzepte zu etablieren und Ideen in die Tat umzusetzen. Was sich bereits bei der Erstellung des Aktionsplanes bewährt

hat, sollte dabei auch die Umsetzung kennzeichnen: eine ämterübergreifende, partizipative Zusammenarbeit unter Beteiligung möglichst vieler Akteur:innen auf Augenhöhe.

Die zu leistende Abstimmung und Koordination des Aktionsplans ist eine Herausforderung, die nur gemeinsam gelingen kann und gute Vorbereitung und Kommunikation erfordert. Es muss auch bei der Umsetzung ein aufeinander abgestimmtes Verfahren zur Verzahnung und Priorisierung gewählt werden. Die Themenfelder, die sich für die Erstellung bewährt haben, bieten hierfür die inhaltliche Orientierung. Die Tabelle des Aktionsplans stellt zwar eine gute Übersicht dar, ist aber in Bezug auf die einzelnen Ansätze noch zu ungenau, sodass ausführlichere Skizzen zur geplanten Maßnahme vorgelegt und die Kosten präzise kalkuliert werden müssen. Über die Auswahl der Projekte entscheidet ein ämterübergreifend besetztes Gremium, auch unter Beteiligung externer Kooperationspartner:innen und Vertreter:innen des Jugendhilfeausschusses. Aufgabe des Auswahlgremiums ist die Priorisierung, Verzahnung und Auswahl der einzelnen Maßnahmen und die Entscheidung, wieviel der insgesamt zur Verfügung stehenden Gelder für die jeweiligen Projekte verausgabt werden kann.

Die Koordination des Prozesses sowie die Abwicklung der Mittel kann erneut unter Federführung des Jugend- und Sozialamtes nach Beauftragung durch den Verwaltungsstab erfolgen. Eine Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel sollte zunächst über eine gleiche, aber flexible Budgetierung der Themenfelder

erfolgen. Der Koordination käme hier die Aufgabe zu, den Mittelbedarf in den jeweiligen Themenfeldern im Blick zu behalten und gegebenenfalls umzusteuern, wenn in einzelnen Bereichen mehr beziehungsweise weniger Mittel abgerufen werden.

Erwartungen

Die Ergebnisse des Aktionsplans versprechen für die Phase der Umsetzung einen Ausgleich entstandener Defizite im schulischen und außerschulischen Bereich, eine umfassende Förderung der Teilhabe aller Bürger:innen Frankfurts in digitalen und analogen Lebenswelten, die Förderung von Bewegung und Gesundheit in Parks, Zuhause und auf öffentlichen Plätzen, die Förderung kultureller Angebote und Gelegenheiten des Austauschs und der Begegnung, die Wiederbelebung der Stadt und ihrer Plätze sowie eine Förderung des demokratischen Zusammenlebens aller Bevölkerungsgruppen, alters-, milieu- und kulturübergreifend. Der Aktionsplan bietet die Chance, nicht nur Defizite auszugleichen, sondern mit einer größeren Vielfalt an Angeboten, Beteiligungs- und Begegnungsmöglichkeiten aus der Pandemie zu gehen und für künftige Krisen gerüstet zu sein. Er kann zudem Leuchtturm für das Engagement und die agile ressort- und ämterübergreifende Zusammenarbeit in der Stadtverwaltung für die Bürger:innen Frankfurts sein.

